

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der Socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnements-Preis pränumerando:
 Vierteljährlich 3,00 Mk., monatlich 1,10 Mk.,
 wöchentlich 26 Pf. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 6 Pf. Sonntags-
 Nummer mit illustriertem Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-
 Abonnement: 3,50 Mark pro Quartal.
 Eingetragen in der Post-Zeitung.
 Preisliste für 1900 unter Nr. 7971.
 Unter Kreuzband für Deutschland und
 Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.
 Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr
 beträgt für die sechsgeleitete Kolonne
 sechs oder deren Raum 40 Pf., für
 politische und gesellschaftliche Vereins-
 und Versammlungs-Anzeigen 20 Pf.,
 „Kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pf.,
 (nur das erste Wort frei). Inserate für
 die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr
 nachmittags in der Expedition abgegeben
 werden. Die Expedition ist an Wochen-
 tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und
 Festtagen bis 5 Uhr vormittags geöffnet.
 Fernsprecher: Amt I, Nr. 1508.
 Telegramm-Adresse:
 „Socialdemokrat Berlin“

Redaktion: SW. 19, Beuth-Strasse 2.
 Fernsprecher: Amt I, Nr. 1508.

Donnerstag, den 6. September 1900.

Expedition: SW. 19, Beuth-Strasse 3.
 Fernsprecher: Amt I, Nr. 5121.

Der „Machtstreik“ in Hamburg.

Wohl selten oder nie ist ein wirtschaftlicher Kampf von dem Umfange der gegenwärtigen Werftarbeiter-Aussperrung in Hamburg, die nun schon acht Wochen andauert, äußerlich in solcher Ruhe verlaufen, wie dies bei dieser Massenaaktion der Fall ist. Abgesehen von den notwendig gewordenen Erörterungen in der Presse wird die Öffentlichkeit von dem „Machtstreik“, wie die Hamburger Scharfmacher den Konflikt mit den Werftarbeitern wieder einmal getauft haben, kaum berührt, keinerlei Sammlungen zur Unterstützung der Streikenden und Ausgesperrten, keine Rencontres mit Arbeitswilligen, keine Gelegenheiten zum „Einschreiten“ für die Polizei. Selbst den Scharfmachern wird es unheimlich dabei. Während sie zur Zeit des Hafenarbeiterstreiks die Parole für die Presse ausgaben, möglichst wenig über den Streik zu schreiben, ihn totzuschweigen, ein Mittel, wie es auch der Socialdemokratie gegenüber schon häufig empfohlen und teilweise auch in Anwendung gebracht worden ist, haben die Preßmamelucken jetzt die Anweisung erhalten, ihr möglichstes zu thun, die Ausgesperrten zu verunglimpfen, und die „Deutsche Volksz.“, in welcher der Sekretär des Arbeitgeber-Verbands von Hamburg-Altona, ein Dr. Mariens, sein Unwesen treibt, giebt dabei den Ton an.

Nach der Darstellung dieses Herrn, der die Anschauungen und Willensfindungen der Hamburger Scharfmacher zu Papier zu bringen hat, handelt es sich bei dem Konflikt lediglich um eine „socialdemokratische Wache“. Das Hamburger Gewerkschaftskartell habe, um einmal wieder etwas von sich hören zu lassen und sein gefunkenes Ansehen zu heben, einen großen Werftarbeiterstreik geplant, der aber an dem Widerstande der streikunlustigen Arbeiter gescheitert sei. Darauf habe das Gewerkschaftskartell den Entschluß gefaßt, nach und nach einzelne Arbeiterkategorien zum Streik „anzureizen“ und mit den Rietern der Reichertieg-Werft den Anfang gemacht. Um den Plan des Gewerkschaftskartells zu nichte zu machen, hätten die Werftbesitzer zu energischen Abwehrmaßnahmen greifen müssen und so sei es denn zu den Aussperrungen gekommen. Nun hätte die Socialdemokratie ihr wahres Gesicht gezeigt. Statt die Aussperrung dadurch zu beseitigen, daß man die Rietter zur Wiederaufnahme der Arbeit veranlaßte, hätte man es gutgeheißen, daß die noch Arbeitenden „ohne jeden Grund“, lediglich „aus freivolem Uebermut“ die Arbeit niederlegten.

Die Pause des Scharfmacher-Sekretärs hat natürlich ein großes Loch, denn die Sache liegt wesentlich anders, als er sie sich zusammenphantasirt, um seine Brotergeber weizumachen. Die rein äußerliche Quelle des Konflikts ist ja hinreichend bekannt, sie erklärt und rechtfertigt die Taktik der Scharfmacher nicht; man muß also schon versuchen, einen tieferen Einblick zu gewinnen, um die Aufbauschung des ursprünglich bedeutungslosen Konflikts zum „Machtstreik“ zu verstehen.

Die Sachlage auf Seiten der Arbeiter ist leicht klarzustellen. Die Metallarbeiter des Städtekomplexes Hamburg-Altona und Umgegend saßen im Mai resp. Juni dieses Jahres den Entschluß, in eine Lohnbewegung einzutreten und reichten den Arbeitgebern ihre Forderungen ein. Es handelte sich hierbei nicht nur um die auf den Werften beschäftigten Metallarbeiter, sondern auch um Bauhilfen, Klempner usw. Daß mit dieser Bewegung weder die Socialdemokratie noch das Hamburger Gewerkschaftskartell etwas zu schaffen hatten noch zu schaffen haben konnten, kann nur derjenige nicht begreifen, der sich in völliger Unkenntnis über die Aufgaben, Zwecke und Ziele der Gewerkschaftsorganisationen, der Gewerkschaftskartelle und der Socialdemokratie befindet. Andersfalls kann nur Böswilligkeit irgend einen Zusammenhang zwischen der Lohnbewegung und dem Gewerkschaftskartell oder gar der Socialdemokratie konstruieren. Kurz und gut, die Metallarbeiter traten in die Lohnbewegung ein, fanden aber bei den Werftbesitzern kein Entgegenkommen, weil im Räte des Arbeitgeber-Verbands beschlossen worden ist, niemand dürfe Forderungen der Arbeiter bewilligen oder auch nur darüber verhandeln. Danach mußte jeder Versuch der Arbeiter, mit den Unternehmern in Verhandlung zu treten, von vornherein scheitern. Und das geschah denn auch. Der Verband der Eisenindustrie Hamburg-Altona lehnte unter nichtigen Vorwänden, auf die wir noch zu sprechen kommen, jede Verhandlung mit den einzelnen Lohnkommissionen und dem Metallarbeiterverband ab. Die auf den Werften beschäftigten Metallarbeiter beschlossen alsdann in einer Versammlung, vorläufig auf eine Durchsetzung ihrer Forderungen zu verzichten, nur die Rietter der Reichertieg-Werft als die am schlechtesten gestellten unter ihren Kollegen ersuchten die Werftdirektion um Verhandlung wegen einer geringfügigen Lohnaufbesserung, die nach der Geschäftslage ohne weiteres gewährt werden konnte. Inbes auch hier wurde jede Verhandlung abgelehnt. Die Rietter, die ganz aus sich selbst heraus, ohne jede fremde Anregung handelten, legten alsdann die Arbeit nieder. Um sie zur Wiederaufnahme der Arbeit zu bewegen, erfolgten nach Angabe der Scharfmacher die Massenaussperrungen.

Auf Seiten der Arbeiter handelt es sich nach diesem klaren Sachverhalt um eine ganz legale Lohnbewegung der Metallarbeiter, die ursprünglich eine allgemeine war, später aber eingestellt wurde, worauf sich eine partielle Lohnbewegung, die der Rietter der Reichertieg-Werft, entwickelte. Zu einem „Machtstreik“ lag nicht die geringste Veranlassung vor, war auch gar keine Neigung auf Seiten der Arbeiter vorhanden. Niemand ist es eingefallen, einen allgemeinen Streik der Werftarbeiter herbeiführen zu wollen. Die Leiter des Metallarbeiter-Verbands rieten von einem Streik ab, das Gewerkschaftskartell und die Socialdemokratie standen mit der Sache in gar keiner Verbindung. Das sind Klipp und Klar die wahren Thatsachen.

Wie liegen nun die Dinge auf Seiten der Arbeitgeber? Hier ist der Arbeitgeber-Verband der maßgebende Faktor. Ohne dessen Genehmigung dürfen, wie schon erwähnt, die dem Verband angeschlossenen Arbeitgeber keinerlei Forderungen der Arbeiter in Bezug auf Lohn und Arbeitszeit u. dergleichen, noch dürfen sie darüber mit den Arbeitern verhandeln. Was zu geschehen hat, bestimmt der Arbeitgeber-Verband. Dieser hat das Princip aufgestellt, daß die Arbeitgeber die Lohn- und Arbeitsbedingungen ganz allein nach ihrem Ermessen festzusetzen hätten. Die Arbeiter dürfen Wünsche äußern, aber keine Forderungen stellen. Das Princip der Gleichberechtigung von Arbeitgeber und Arbeiter beim Abschluß des Arbeitsvertrags verwirft der Arbeitgeber-Verband ganz entschieden und er bekämpft dasselbe mit aller Kraft. Er ist bestrebt, den Arbeitsnachweis völlig in die Hände der Arbeitgeber zu bringen, denen er zugleich als Kontrolle der Arbeiter dienen soll zu dem Zweck, unliebsame Elemente aus den Betrieben fernzuhalten. Er will auch auf dem Gebiete der Feststellung der Lohn- und Arbeitsbedingungen Alleinherrscher sein.

Daraus ergibt sich ganz von selbst, daß alle Versuche der Arbeiter, auf die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in der bei den Arbeiterorganisationen üblichen Art und Weise einzuwirken zu wollen, auf den Widerstand des Arbeitgeber-Verbands stoßen müssen, so lange dieser bei seinen Grundsätzen beharrt.

Hier liegt der Schlüssel zum Verständnis des Verhaltens der Arbeitgeber gegenüber den Werftarbeitern. Die letzteren stellten Forderungen und ersuchten in höflicher Form um Verhandlung hierüber. Auf Anordnung des Arbeitgeber-Verbands mußte der zunächst beteiligte Verband der Eisenindustrie diese Zumutung zurückweisen, und er that dies, indem er den verschiedenen Lohnkommissionen ein Schreiben zuhandte des Inhalts: „daß zu Verhandlungen keine Veranlassung vorliegt, da der Verband auf die Circulare der anonymen Lohnkommission ihrer anmaßenden Form und Inhalts wegen nicht eingehen werde.“

Vergeblich versuchten die Lohnkommissionen, versuchte die Ortsverwaltung des Metallarbeiter-Verbands noch höflicher als bisher zu sein, vergeblich verfahren die „anonymen Lohnkommissionen“ ihre Circulare mit Namensunterschriften. Sie bekamen jetzt überhaupt keine Antwort mehr seitens des Verbands der Eisenindustrie, ebenso wenig wie die Rietter der Reichertieg-Werft, als diese sich an die Werftdirektion wandten. In einer Kundgebung des Verbands der Eisenindustrie heißt es, diese Schreiben seien deshalb nicht beantwortet worden, weil sie nur das Ziel verfolgten, die abgelehnten Verhandlungen über die Forderungen der anonymen Lohnkommission zu erzwingen.“ Man denke sich das Verbrechen, Verhandlungen erzwingen zu wollen! — Erst dient die „anmaßende Form“ und die „Anonymität“ als Grund zur Ablehnung jeder Verhandlung mit den Arbeitern, und als dieser „Grund“ beseitigt ist, erscheint als „Grund“ der Ablehnung der Verhandlungen das „Ziel, die abgelehnten Verhandlungen erzwingen zu wollen“.

Die Absicht des Arbeitgeber-Verbands, überhaupt nicht zu verhandeln, um seinem Princip nichts zu vergeben, tritt klar zu Tage. Als nun trotz dieser Willensfindung des Arbeitgeber-Verbands die Rietter der Reichertieg-Werft sich anmaßten, ihre Forderungen durch einen Streik durchsetzen zu wollen, galt es, dem Willen des Arbeitgeber-Verbands Respekt zu verschaffen. Man entschloß sich dazu, mittels der Massenaussperrungen den Arbeitern den Fuß auf den Nacken zu setzen!

Die Hamburger Scharfmacher sind waschechte Bismärcker und haben ihrem Heros seine „Staatskunst“ bis auf das Zipfelfchen übermüßig abgeguckt. Sie glauben gleich ihm mit der brutalen Gewalt alles durchsetzen zu können. Wie Bismarck den Polizeinüppel, so schwingen sie die Hungerpeitsche und versprechen sich Wunderwirkungen davon. Aber so wie die Bismarcksche Gewaltpolitik nur vorübergehende Scheiterfolge erzielte und schließlich gründlich Fiasko machte, so wird auch die ihr nachgebildete Gewaltpolitik der Hamburger Scharfmacher zuguterleht in die Brüche gehen und die Herren werden einsehen lernen müssen, daß sich die Arbeiterbewegung nicht mit der Hungerpeitsche töfschlagen läßt.

Genau der Bismarcksche Taktik nachgebildet ist auch das Bestreben der Hamburger Scharfmacher, das „rote Gespenst“ ihren Zwecken dienstbar zu machen. Nach Puttkamer, Bismarcks getreuer Schuppen, lauerte hinter jedem Streik

die „Hydra der Revolution“. Wenn in Hamburg einige Rietter 5 Pfennige Lohnerhöhung fordern, dann handelt es sich nach den Hamburger Scharfmachern um eine „Kraftprobe der Socialdemokratie“, um einen „Machtstreik“ zwischen der „revolutionären Socialdemokratie“ und dem „ordnungsliebenden Bürgertum“.

Das kurzfristige socialistenwütige Bürgertum mißt, nachdem es auf politischem Gebiet in Hamburg von der Socialdemokratie endgültig geschlagen worden ist, gar zu gern noch seine Kräfte auf wirtschaftlichem Gebiet, wo es der Uebermacht des Geldsacks vertraut, und kämpft hier willentlich wie ein Löwe, sobald man die Socialdemokratie auf der Wildflüchle erscheinen läßt und das Stichwort vom „socialdemokratischen Machtstreik“ ausgiebt. Darauf spekulieren die Scharfmacher. Sie spannen alles vor ihren Wagen, was ihnen dazu dienen kann, ihr „Princip“ zu retten, nicht nur „Herren im Hause“, sondern „Herren in Hamburg“ zu sein und die Arbeiter zur bedingungslosen Unterwerfung zu zwingen. Und wer ihrem Willen widerstrebt, der wird heruntergeschüttelt, wie das seiner Zeit den drei „hohen Herren“ erging, die beim Hafenarbeiterstreik eine Einigung anstrebten, und wie es jetzt wieder aus dem gleichen Grunde dem Vorsitzenden des Hamburger Gewerbegerichts ergangen ist.

Es handelt sich um den Kampf zweier Weltanschauungen: der Absolutismus der kapitalistischen Unternehmer kämpft gegen die Gleichberechtigung der Arbeiter. Alles andere ist nur Weidwerk.

Auf welcher Seite in diesem Kampfe schließlich der Sieg errungen werden wird, das kann nicht zweifelhaft sein. In der Hamburger Werftarbeiter-Aussperrung sehen wir nur eine Phase dieses Kampfs. Wie hier der Ausgang sein wird, läßt sich nicht voraussagen. Die ausgesperrten und streikenden Arbeiter sind, weil es sich um qualifizierte Arbeiter handelt, schwer zu ersetzen und der Zugang von Arbeitswilligen ist deshalb auch verschwindend gering. Die Position der Arbeiter ist also eine gute. Die Unterstützung macht wenig Sorge. Von den ursprünglich annähernd 6000 Ausgesperrten sind an 2000 abgereist, so daß etwa 4000 zu unterstützen sind. Aber auch von diesen verzichten viele freiwillig auf jede Unterstützung. Dem Metallarbeiter-Verband mit seinen reichen Mitteln ist es ein leichtes, die Unterstützungsfrage zu erledigen. Bisher ist es nicht einmal notwendig gewesen, die Hilfe der stets hilfereiten Hamburger Arbeiterkassen nachzusuchen.

Den Scharfmachern wird es also in diesem Falle nicht gelingen, ihren Willen ohne weiteres durchzusetzen. Wir gönnen ihnen die heilsame Lehre, die sie empfangen. Wenn sie bewirkt, daß man sich entschließt, das „Herren-Princip“ aufzugeben und künftig den Weg der Verhandlung mit den Arbeitern zu beschreiten, die Arbeiter nicht mehr als willenlose Sklaven zu betrachten, die dem Gehetz des „Herrn“ unweigerlich Folge zu leisten haben, dann sind die Opfer, welche der gegenwärtige Kampf erfordert, nicht vergeblich gewesen und gar vielen Kämpfen, die noch aus der jehigen verhorhten Anschauung des Arbeitgeber-Verbands entspringen könnten, ist dann der Boden entzogen.

Ob die bessere Einsicht zum Durchbruch kommt? — Wir wollen es wünschen und hoffen, damit die schweren wirtschaftlichen Kämpfe auf das unvermeidliche Maß beschränkt werden.

Reichstag heraus!

Allgemein werden die Gefahren der deutschen Chinapolitik auch unweisehaften „Patrioten“ bewußt. Die rechtsnationalliberale „Rhein.-Westf. Ztg.“ giebt in mehreren Artikeln über „Die gefährliche Wendung der Chinafrage“ eine überaus scharfe Beurteilung der neuesten deutschen Politik und ihrer verantwortlichen und unverantwortlichen Leiter.

Die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ hält es für nötig, sich in ihren Angriffen ausdrücklich von der „Weisheit des „Vorwärts“ loszusagen, die sie nicht brauche, „um zu wissen, was wir in Ostasien zu erwarten haben.“ Wir zeigen nicht danach, von der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung“ als Lehrentwurf anerkannt zu werden und sind vorläufig befriedigt durch die Thatsache, daß die Ungeheuerlichkeit der gegenwärtigen Lage endlich auch über socialdemokratische Kreise hinaus empfunden wird. Dabei übersehen wir nicht, daß die Alarmartikel der „Rhein.-Westf. Ztg.“ einer Auffassung der deutschen Auslandspolitik entspringen, die wir in keiner Weise teilen, nämlich der Abneigung gegen England und dem Wunsch einseitiger Russenfreundschaft. Jedenfalls beweisen die Äußerungen des großindustriellen Organs, daß auch in kapitalistischen Kreisen die jetzige politische Situation als außerordentlich bedenklich angesehen wird und daß eine schleunige, umfassende Aussprache im Reichstag zur unumgänglichen Notwendigkeit geworden ist.

Nach einem Abschluß über die Entwicklung der chinesischen Frage bis zur Ernennung Walderssee fährt die „Rhein.-Westf. Zeitung“ also fort:

„Da mit einem Male wurde die Sachlage verändert. Entgegen dem Karsten und bündigsten Versprechen des Grafen Bülow suchte Deutschland die führende Rolle in Ostasien an sich zu reißen. Es wurden 20000 und mehr Mann herbeigeworfen, und an Schiffen hingelandet, was überhaupt vorhanden ist. Die Reden des Kaisers, welche alles andre eher denn diplomatisch waren, ließen große dunkle Dinge ahnen... Eine Unruhe ergriff das

deutsche Volk und sie ergreift vor allem auch anscheinend die Regierungen der Großmächte. Und nun diese raufenden Feiern, mit welchen der Auszug der deutschen Truppen und ihres Feldherrn begleitet wurde; es war, als gäbe es einen Kampf um Sein des Deutschen Reichs auszusehen; es schien, als wenn schon unerhörte Siege von unsern Truppen errungen seien. Das hat uns den Spott der ganzen Welt eingetragen. Man lese nur einmal die deutsch-amerikanischen Zeitungen; selbst diejenigen Blätter, welche seit jeher den republikanischen Parteien gegenüber das Kaiserthum verteidigten, haben sich in diesen Tagen sehr bitter ausgesprochen. In uns gelangte Privatnachrichten betonen, daß noch zu keiner Zeit sich so viele Deutsche drüben von den monarchischen Institutionen ab und dem Republikanismus zugewandt haben. Bezeichnend ist hier wieder der sinnlose Zauber, mit dem gerade viele national gesinnte vaterländisch denkende Kreise auch diese Form der Chinapolitik mitgemacht haben. Viel erstaunter und ärgerlicher als über das vollkommene Gebahren verschiedener demokratischer Schattierungen muß man über die gedankenlose Dumheit eines großen Theils des deutschen Volks sein, welcher von den Offizieren angeführt, für jeden, auch bedenklichen Schritt der Reichsregierung sich begeistert, ohne irgendwie an die Folgen zu denken. Daß die Zintenkuris des auswärtigen Amtes alle Federn anstrengen würden, um einen großen Sieg des Grafen Walow heranzubringen, war selbstverständlich, und wenn die kaiserlichen Blätter mit Lobeshymnen bis an den Rand vollgefüllt waren, so wurde sogar das Ausland überschwenmt, vor allem Wien.

Weiter behandelt das Blatt die augenblickliche Lage: „... Und nun erfüllt sich das tragische Geschick, das wir seit Jahren vorausgesehen haben: die jetzigen Leiter unserer Politik haben zum erstenmal die Reibungsfläche gegen Rußland geschaffen, und sie stehen nun vor dem deutschen Volke allein als die Verantwortlichen da. Rußland kann nicht dulden, daß Deutschland sich zwischen dem russischen und englischen Gebiet festsetzt.“

Sicherlich ist der Vorschlag Rußlands, Peking preiszugeben, sachlich unerschwerlich und gefährlich. Allein so oder so: die Folgen sollen auf Deutschland. Nämlich wir Peking, so haben wir uns unsterblich lächerlich gemacht, und sind von Rußland gedemüthigt. Nämlich wir Peking nicht, so stehen wir zu Unrecht als die heilighungrigen Anstreifer und Friedensstörer vor den Chinesen und allen Völkern da; zugleich ist das sich abzunehmende beste Verhältnis zu Rußland wieder jäh zerrissen. Die schroffe plötzliche Form des russischen Vorschlags zeigt, daß es Deutschland in die Alternative drängen wollte...

Nun fährt nach all den Karrenrossen, die getrieben worden sind, der Oberfeldherr Graf Waldersee im Indischen Ocean. Seine Macht darf sich auf das Gebiet des Pangsikiang nicht erstrecken; die Mandchuren haben die Russen besetzt. So bleibt nichts anders übrig, wie die Strecke von Taku bis Peking. Aber auch Peking, die schon eroberte heilige Hauptstadt, darf dieser „Feldherr“ nicht betreten, das dürfen nur die Truppen thun, die er kommandieren soll; er soll sich auf Tientsin zurückziehen vermuthlich am dort wesentlich einmal eine Parade abzuhalten. Was man Waldersee zumutet, ist nichts anders, als die Rolle eines Theatergenerals, und was auch immer Waldersee verschuldet hat, so arg bloßgestellt zu werden hat er nicht verdient. Blüthe und Land, wie alle unsere „Erfolge“ seit dem Abgang des Fürsten Bismarck, ist auch dieser „große Erfolg“...

Diesen Betrachtungen reiht sich ein Artikel an, der die Frage erhebt: Haben wir einen Reichstanzler? und die Unhaltbarkeit der Zustände in den obersten Reichsämtern betont. Der Artikel mündet in die Forderung, der Reichstag müsse in diese chaotischen Verhältnisse ordnend eingreifen:

Der deutsche Reichstag hat ein Recht, über diese Verhältnisse sich Aufklärung zu erbitten. So seltsam es klingen mag, wir setzen in diesen Zeitläuften unsere Hoffnung weniger in die Regierung, als in den deutschen Reichstag. Nicht als wenn uns die Mehrheit desselben zuverlässig erschien. Aber in der letzten Session hat man bereits damit gebrochen, wie unter Bismarck es üblich war, die auswärtige Politik der Reichsregierung allein zu überlassen. Wir hoffen, daß der Reichstag in der nächsten Session mit noch grellerem Licht in alle Tiefen unserer Politik hineinleuchtet, und vor allem, daß dies nicht nur seitens der weniger nationalen Parteien geschieht, sondern vor allem von den sogenannten bürgerlichen und nationalen Parteien in erster Linie. In diesen befinden sich allzu viel Streber, welche mehr Wert darauf legen, persönlich gute Beziehungen nach oben zu halten, statt, wie es ihre Pflicht ist, die Regierung zu kontrollieren. Aber wir vertrauen, daß die Not der Zeit den deutschen Reichstag zwingen wird, sich um die auswärtige Politik zu kümmern und Rechenschaft von der Regierung zu verlangen. Die ungünstige Entwicklung Deutschlands in den letzten zehn Jahren und die fortwährenden Fehler, die gemacht werden, werden das Parlament in diese Richtung hinein treiben.“

Die Weltpolitik, welche die Verfassungsrechte des Volks niederzudrücken sich vermischt, verfehlt die weitesten Kreise in Verwirrung. In erbitterter Aufsehnung erhebt sich von allen Seiten der Widerspruch der öffentlichen Meinung.

Wie lange noch will die Regierung die Parlamentarismus verweigern?

China.

Die russische Regierung giebt durch ein Cirkular im „Journal de St. Pétersbourg“ bekannt, daß sie nicht daran denkt, von ihrer bisherigen Auffassung über die weitere Behandlung der Chinafrage abzulassen. Das Cirkular sagt:

Rußland kann nur wünschen, daß die inneren Unruhen, welche durch die aufständische Bewegung der Voger hervorgerufen sind, schnell beigelegt werden. Deshalb ist Rußland geneigt, alles, was die Wiederherstellung geordneter Beziehungen zu China erleichtern kann, günstig anzunehmen, und zu diesem Zweck hält sie die Wiederherstellung der chinesischen Regierungsgorgane, mit denen die Mächte in Verhandlungen treten könnten, für notwendig. Eine militärische Aktion im großen Stil über Peking hinaus erscheint als ein Grund zu neuen Verwickelungen und nicht als ein Mittel zur Beruhigung, und zwar mit Rücksicht auf die gewaltige Ausdehnung der Gebietsteile, in welchen die Mächte allein die Ruhe nicht völlig würden wiederherstellen können. Vielmehr könnte nur die Thätigkeit der rechtmäßigen Regierungsgorgane in China auf die Dauer ein heilsames Ergebnis herbeizuführen. Die Zurückberufung der Vertreter der Mächte nach Tientsin würde in China als ein Beweis dafür aufgefaßt werden, daß die Mächte dem Geiste, von welchem ihr ursprüngliches Programm erfüllt war, treu blieben. Eine bedeutende Arbeit bleibt für sie noch zu thun, um eine Lösung der aus den gegenwärtigen Unruhen sich ergebenden Fragen herbeizuführen. Aber die Gedanken der Mäßigung müssen die Oberhand behalten über jeden andern Beweggrund, der dazu verpflichten könnte, der militärischen Aktion einen größeren Impuls zu geben, und zwar

im Interesse einer glücklichen Lösung der zahlreichen schwebenden Fragen.“

Einige Blätter verneinen in dieser russischen Note einen Versuch der Annäherung an den Standpunkt der andern Mächte zu sehen, denn auch die übrigen Mächte wünschen keine weiteren militärischen Aktionen. Das heißt die wirkliche Lage nicht sehen wollen. Die russische Auffassung bedeutet ein williges Eingehen auf alle Möglichkeiten zur baldigen Wiederherstellung der Ordnung. Die deutsche Auffassung — denn diese steht der russischen am stärksten gegenüber — lehnt sich schroff ab und betont ohne Unterlaß den Nachgedanken. Die russische Auffassung verjöhnt. Die deutsche Auffassung erbittert.

Die Stellung Rußlands würde trotz der zögernden Haltung der andern Mächte ungemein gestärkt werden, wenn die Nachricht der „Times“ über

zwei wichtige Edikte des chinesischen Kaisers auf Wahrheit beruht. Die „Times“ melden aus Shanghai:

„In einem kaiserlichen Edikt, datirt vom 19. August, legt der Kaiser dar, daß er es für seine Pflicht erachte, mit Rücksicht auf die Annäherung der Verbündeten den Wünschen der Kaiserin-Regentin zu entsprechen und sie nach dem Besten zu begleiten, nachdem er Junglu, Hsü-tung und Tsungtschi befohlen, in Peking zu bleiben, die Regierung fortzuführen und Li-Hung-Tschang anzuweisen, alle Mühe anzuwenden, damit Unterhandlungen mit den Mächten eröffnet werden.“

Ein zweites Edikt vom 20. August ordnet die Versetzung der hauptsächlichsten Beamten der Hauptstadt nach Tientsin an und befehlt den Vicelkönigen und Gouverneuren, die ihnen unterstehenden Gebietsteile zu schützen. Den Vicelkönigen des Pangsikiang befehlt das Edikt, die Missionare und die Kaufleute weiter zu beschützen.“

Finden diese Nachrichten Bestätigung, so ist die längere Abweisung von Unterhandlungen mit Li-Hung-Tschang ganz unmöglich geworden. Eine Reuter-Nachricht aus Shanghai erklärt auch bereits: Li-Hung-Tschang reist binnen einer Woche auf einem chinesischen Schiffe unter Eskorte eines japanischen Kriegsschiffes nach Tientsin ab.

Beweggründe Rußlands.

Wie der Pariser Korrespondent der „Times“ telegraphirt, habe er von einem Freunde, der einen hohen diplomatischen Posten bekleide, einen Brief empfangen, welcher besagt:

„daß das Motiv des jüngsten Vorgehens Rußlands in dem Wunsche zu liegen liege, den Eindruck zu berichtigten, den Kaiser Wilhelms Erklärung in Kassel erzeugte, wonach die Ernennung Waldersees zum Oberbefehlshaber der verbündeten Armeen in China in hohem Grade der Initiative des Zaren zuzuschreiben sei. Diese Erklärung sei nicht im strengen Einklange mit den Thatsachen gewesen, konnte aber nicht förmlich dementirt werden. Rußland habe somit zu dem Auskunftsmitel gegriffen, die Räumung Pekings vorzuschlagen als indirekte Methode, die Pläne des deutschen Kaisers zu vereiteln und den in Frankreich durch die Kaiserin-Kaiserin verurtheilten schlechten Eindruck zu verwischen.“

Die „Nöln. Ztg.“ wendet sich mit Recht gegen derartige Anschauungen. Die jegige russische Politik entspringt folgerichtig aus derem gesamten bisherigen Verhalten Rußlands gegenüber China, dessen Dankbarkeit der russischen Regierung wertvoller erscheint, als die voranschreitenden Folgen der von Deutschland betriebenen Politik der Einschüchterung und gewaltsamen Niederwerfung. Allerdings wird auch die Waldersee-Episode in Petersburg nicht gerade freundschaftliche Empfindungen für Deutschland ausgelöst haben.

Vor der Einnahme von Peking.

Shanghai, 4. September. Die gegen die Chinesen gehaltenen Gefandtschaften waren in beständiger Verbindung und halfen sich gegenseitig aus. Wegen der allzu exponirten Lage der deutschen Gefandtschaft siedelte die Gemahlin des Freiherrn von Ketteler nach dem Tode ihres Gatten in die englische Gefandtschaft über, wo auch alle andern Frauen und alle deutschen Civilpersonen, abgesehen von den Mitgliedern unserer Gefandtschaft, Aufenthalt nahmen. Das Schlafzimmer der Frau von Ketteler in der deutschen Gefandtschaft wurde später durch Geschützfeuer zerstört. Das Archiv der deutschen Gefandtschaft blieb unbeschädigt. Reis verpackten sich die Belagerten noch rechtzeitig auf nahe gelegenen Läden, andre Lebensmittel, besonders Eier gelegentlich durch Kauf von den Belagerern, wofür die Japaner einen besonderen Zettel gebraten hatten. Fleisch lieferten die Reit- und Rasse-Pomies.

Vorstehende Angaben stammen von einem Deutschen, der hierher in Kleidern des ermordeten Gefandten kam, welche die Frau v. Ketteler zur Audienz verteilt hatte.

Vergriffe im Süden.

New York, 5. September. Der „New York Herald“ berichtet aus Hongkong von vorgehendem:

Einflußreiche Eingeborene sprechen die Ansicht aus, daß die fremdenindische Bewegung in den südlichen Provinzen Chinas einen Charakter annimmt, welcher über die Macht der Behörden hinauswächst, und sagen einen furchtbaren Ausbruch dieser Bewegung binnen Monatsfrist voraus.

Shanghai, 5. September. Weitere 1200 indische Truppen sind heute gelandet, so daß jetzt hier insgesamt 3000 Soldaten mit etwa 1000 Mann Troß sind. Nach Ankomst des „Seeadler“ hat das zweite englische Kriegsschiff Hankow verlassen. Der deutsche Transpordampfer „Databla“ ist vor Wufung angekommen mit Landungs-corp.

Politische Ueberblick.

Berlin, den 5. September.

Die Frauenarbeit in den Fabriken.

In den nächsten Tagen werden die Berichte der preussischen Gewerbe-Inspektion für 1899 erscheinen. Sie werden die Ergebnisse der Umfragen über die Fabrikarbeit verheirateter Frauen enthalten, die bekanntlich auf einen vom Centrum veranlaßten Beschluß des Reichstags zurückzuführen sind.

Das Centrum ist dabei von Voraussetzungen und Wünschen ausgegangen, die durchaus nicht die Billigung ernsthafter Socialpolitiker finden können und auch in den Reihen der socialdemokratischen Arbeiterpartei keine Zustimmung finden. Es beabsichtigt besondere Beschränkungen für die Fabrikarbeit verheirateter Frauen. Ueberall, wo sich aufgeklärte Arbeiter und Arbeiterinnen mit der Frage beschäftigt haben, hat man es ausgesprochen: Wir fordern erhöhten Schutz für die Arbeiter, speciell für die Arbeiterinnen; aber wir fordern ihn für alle Arbeiterinnen; eine Beschränkung auf die verheirateten kann nicht gebilligt werden.

Selbst die Gewerbe-Rufsichtsbeamten dürften zu dem Ergebnis kommen, daß solche Beschränkung nicht gerechtfertigt ist. Die „Verl. Korresp.“, die bereits über den Inhalt der Berichte Mittheilungen zu machen in der Lage ist, schreibt bei der Gelegenheit:

„In welchem Maße aber Nachteile in gesundheitlicher, sittlicher oder sonstiger Beziehung speciell bei der Fabrikarbeit

der Frauen, im Vergleich zu andern Erwerbsarbeiten und zu den unverheirateten Fabrikarbeiterinnen, sich herausgestellt haben, kann als zweifelhaft gelten.“

Ob daraus der Schluß gezogen werden wird, daß überhaupt kein weiterer Schutz der Arbeiterinnen nötig ist, oder ob man den Schluß ziehen wird, daß er für alle Arbeiterinnen einzutreten hat, muß abgewartet werden. Ob die Untersuchungen aber unabhängig davon, welche Schlässe die maßgebenden Kreise daraus ziehen, trotzdem Material zur Förderung des Arbeiterinnenschutzes bieten werden, wird sich ja bald zeigen. —

Reichs-Gesundheitsamt — landwirtschaftliche Versuchstation.

Aus Ketzertreffen wird uns geschrieben:

Der Errichtung einer pflanzenbiologischen Abteilung am Reichs-Gesundheitsamt, die in medizinischen Kreisen von Anfang an Kopfschütteln erregte, wird zur Zeit in der bürgerlichen Presse ein Loblied gesungen, das zu der irrigen Meinung verführen könnte, als ob dieses Institut von der größten Bedeutung für die Volksgesundheit wäre. Die „Vossische Zeitung“ erzählt, daß die biologische Abteilung bereits so weit gediehen sei, um erkennen zu lassen, was sie für die heimische Forst- und Landwirtschaft leisten könne; aus allen Theilen des Reichs werden Nachrichten über Pflanzenkrankheiten von ihr gesammelt und gesichtet, tagtäglich werden Anfragen nach Mittel und Wegen beantwortet, um da, wo Pflanzenkrankheiten aufgetreten sind, ihre Verbreitung zu verhalten und ihre Wiederholung zu verhindern. Es war also ein Irrthum, wenn man bisher annahm, daß das Reichs-Gesundheitsamt der Mittelpunkt der öffentlichen Gesundheitspflege sei: zum Segen der nothleidenden Landwirtschaft widmet es sich jetzt den kranken Pflanzen, dem Weizenhalmröthel und dem Plasentrost der ostelbischen Kiefern.

Demgegenüber sei doch darauf hingewiesen, daß das Reichs-Gesundheitsamt laut der den Reichstagsakten beigelegten Denkschrift vom Jahre 1878 dazu bestimmt ist, die Entstehungs- und Verbreitungsbahnen der vermeidbaren Krankheiten möglichst genau zu erforschen und in möglichst wirksamer Weise zu bekämpfen, weil — wir citieren auch hier wörtlich die wirklich einschlägtigen Worte der von dem damaligen Leiter des Amtes Dr. Strauß verfaßten Denkschrift — die mit der fortschreitenden Umgestaltung der socialen Zustände der Menschen eng verbundene Verschlechterung der allgemeinen Gesundheitsverhältnisse dringend dazu auffordere.“ Gilt diese Aufgabe etwa schon als gelöst, oder gilt sie in der Zeit der sinkenden Reueigung zur Socialreform und steigenden Reueigung zum Agrarismus für nebensächlich?

Daß es sich nicht etwa um das Studium der Pflanzenkrankheiten, die für Gesundheit und Leben der Menschen wichtig sind, sondern solcher von ausschließlich land- und forstwirtschaftlichem Interesse handelt, geht aus dem Aufschluß hervor, den ein für diese neue Entwicklung des Gesundheitsamts anscheinend begeisterter Reichstagsabgeordneter in der „Königsb. Hart. Ztg.“ über die Hauptaufgabe der neuen biologischen Abteilung giebt. Wir lesen dort:

„Ihrem Endziel, der wissenschaftlichen Erforschung und wirtschaftlichen Verwertung aller nützlichen Lebenserscheinungen unserer heimischen Flora und Fauna, sucht die ja noch in den Kinderschuhen stehende Anstalt zunächst dadurch näher zu kommen, daß sie solchen Krankheitserscheinungen der Kulturpflanzen auf dem Wege der Beobachtung und Verhütung nachgeht, welche für das deutsche Reichgebiet gegenwärtig von ganz besonderer Bedeutung sind. In dieser Richtung bewegen sich die bereits weit vorgeschrittenen, zum Teil auch schon abgeschlossenen Arbeiten über den Getreiderost und über den Getreidebrand, sowie über die neuen Weizenpilze, welche den Ertrag unserer Ernten auf das schwerste beeinträchtigen.“

Wozu gehört auch die Erforschung der Pflanzenkrankheiten zu den Aufgaben der Wissenschaft. Aber wozu haben wir die botanischen Institute an allen deutschen Universitäten? Und sind die landwirtschaftlichen Hochschulen einer derartigen Aufgabe nicht gewachsen?

Die neue pflanzenbiologische Station scheint im Gesundheitsamt durchaus nicht als Nebenache behandelt zu werden. Sie ist zur Zeit in einem Obergeschosse des Dienstgebäudes untergebracht, hat sich aber demnach ausgedehnt, daß ein eigenes Gebäude dafür geplant ist. Die Vertreter der Arbeiterschaft im Reichstag haben dem Reichs-Gesundheitsamt stets Sympathien entgegengebracht. In einer besonderen Broschüre ist August Bebel schon vor Jahrzehnten für eine Erweiterung der Anstalt und für reichlichere Dotierung eingetreten. Diese Sympathien werden schwinden, wenn das Reichs-Gesundheitsamt anstatt dem öffentlichen Gesundheitswesen seine ganzen Kräfte zu widmen, einen beträchtlichen Teil derselben zur Errichtung einer landwirtschaftlichen Versuchstation zur Verfügung stellt. —

Ein allerneuestes Gewehr. Noch wird in den Militärverhältnissen an der Bewaffung der gesamten Infanterie mit dem Gewehr M 08 gearbeitet. Schon aber, so wird berichtet, sei ein allerneuestes Modell mit Kaliber von 6 Millimeter in Arbeit und probeweise bei acht Compagnien von verschiedenen Truppenteilen im Gebrauch.

Früher hieß es, die Einführung eines so geringen Kalibers wie von 6 Millimeter sei überhaupt ausgeschlossen. Jetzt scheint also auch diese Unmöglichkeit überwunden zu sein. Der „Fortschritt“ in der Nordwesttechnik ist wahrhaft grandios. —

Ein folgerichtiges Urteil. Ein Streikbrecher in Greiz strengte eine Beleidigungssache an; weil er sich durch die Bezeichnung „Streikbrecher“ beleidigt fühlte. Die Klage wurde durch Beschluß des Amtsgerichts in Greiz zurückgewiesen mit dieser Begründung:

„Unter „Streikbrecher“ versteht man denjenigen, welcher, nachdem er an einem von seiner Berufsgenossen zur Erlangung besserer Lohnbedingungen veranlaßten Streik teilgenommen hat, aus irgend welchen Gründen das Lager der Streikenden verläßt und die Arbeit wieder aufnimmt. Nun ist zwar nicht zu verkennen, daß die Arbeitniederlegung ein erlaubtes Mittel ist, um eine Lohnerhöhung herbeizuführen oder sonstige standes- oder berufliche Interessen zu wahren; es liegt aber zu Tage, daß kein Arbeiter mehr zur Teilnahme an der Lohnbewegung von seinen Standesgenossen gezwungen werden kann, und folgerichtig, daß es sodann Ausständigen unbenommen sein muß, einer besseren Einsicht folgend, die Arbeit wieder für sich aufzunehmen. Diese Rückkehr ist als durchaus berechtigt anzuerkennen; daß aber der Streikbrecher durch seine Loslösung unter Umständen die Interessen seiner Standesgenossen gefährden, ihnen zuwiderhandeln kann, mag richtig sein, kann aber unter keinen Umständen dazu führen, daß er in den Augen vernünftiger Leute — und nur auf die Anschauung solcher kommt es an — verächtlich wird.“

Die Bezeichnung „Streikbrecher“ allein kann daher als eine Ehrenkränkung nicht aufgefaßt werden, sonstige begleitende Umstände, aus denen auf die Absicht der Kränkung geschlossen werden könnte, sind nicht behauptet worden.

Es mußte daher mangels Vorliegens einer Beleidigung die Eröffnung des Hauptverfahrens abgelehnt, die Privatklage zurückgewiesen und der Privatkläger mit den bisher entstandenen Kosten belastet werden. (§§ 429, 503, 2 St.-P.-O.)

Dieser Entscheid ist durchaus folgerichtig und muß besonders diejenigen mit hoher Freude erfüllen, die in der Streikbrecherei eine staatsverhätende Handlung sehen.

Im übrigen sind wir der Meinung, Streikbrecher müssen geschätzt werden. Von welcher Seite die „Verl. Pol. Nachr.“ die Arbeiterbewegung auch betrachtet, immer kommen sie zu diesem Schluß, der von den ganzen Inhalt ihrer socialpolitischen Weisheit bildet. Die von der Generalcommission der Gewerkschaften Deutschlands gegebene Streikstatistik, die auch über eine Anzahl Ver-

urteilungen wegen Streikbergehen berichtet, nötigt ihnen wieder denselben Stoff ab. Sie schließen ihre Betrachtung:

„Man wird daher zu dem Schlusse berechtigt sein, daß auch die Erfahrungen des Jahres 1899 entschieden für die Notwendigkeit wirksamer gesetzlicher Schutzes der Arbeitswilligen gegen Verewaltung durch Streikende sprechen.“

Die Summe der mitgeteilten Strafen sollte doch eigentlich zu dem entgegengelegten Schlusse führen, denn nämlich, daß für den Schutz der Streikbrecher viel zu viel geschieht. Man sollte doch bedenken, daß gerade Urteile zum „Schutze“ der Streikbrecher maßhaft in unlogischer Weise zu Stande kommen, die in dem vorstehenden Gerichtsbeschlusse aus Greiz so trefflich gekennzeichnet wird. Man sieht in dem Streikbrecher ein staatsfeindliches, vaterlandsfeindliches Wesen, beiseitigt ihm das aber ein Streikender, flugs packt man diesen beim Kragen und bestraft ihn wegen Ehrverletzung.

Die Kohlennot. Es darf nach den Informationen der „Verl. Neuesten Nachr.“ als feststehend angesehen werden, daß bei den bevorstehenden Beratungen des Staatsministeriums über die Kohlenfrage von einem Ausfuhrverbot nicht die Rede sein wird, dagegen scheint eine vorübergehende Ermäßigung der Kohleneinfuhr-Tarife, vielleicht für die Dauer des Winters, erwogen zu werden.

Der Kontraktbruch und die sächsische Regierung. In der „Deutschen Tages-Zeitung“ begegnen wir folgendem sonderbarem Dementi:

Dresden, 4. September. Kürzlich wurde berichtet, daß die sächsische Regierung ein Gesetz über die Bestrafung des Kontraktbruchs ländlicher Arbeiter plane. Die Nachricht ist in dieser Form nicht richtig. Die sächsische Regierung hat nur infolge vielfacher Anregungen bei den Bezirksausföhrissen angefragt, wie die ländlichen Arbeitgeber sich gegen den Kontraktbruch ihrer Arbeiter schädlos halten könnten.

Der Sinn dieses eigenartigen Dementis erscheint im ersten Augenblick nicht ganz klar. Bei näherem Zusehen ergibt sich jedoch, daß wir es überhaupt mit keinem Dementi zu thun haben. Bei dieser Umfrage kann es sich ja nur um etwaige Wünsche der ländlichen Arbeitgeber handeln, die bei dem gegenwärtigen Zustand der Gesetzgebung keine Befriedigung finden. Die Umfrage stellt also nur den ersten Schritt zu der gebräuchlichen, verfassungsmidrigen Ausnahmegegesetzmacherei dar.

Anti-Anarchistenkonferenz. Wie der „Köln. Jtg.“ aus Berlin gemeldet wird, soll die Konferenz der Regierungen zur Vereinbarung von Maßnahmen gegen den Anarchismus gefestigt sein. Wie es heißt, soll versucht werden, das System der internationalen Ueberwachung der bekannten Anarchisten auszubauen. Wie das Verbrechen in Wonga gezeigt habe, waren die bisherigen Maßnahmen der Polizei nach dieser Richtung durchaus unzulänglich. Seit dem Verbrechen in Wonga seien in Berlin die polizeilichen Vorkehrungen in größerem Umfange betrieben worden.

Der Ausschuss der Deutschen Volkspartei hat am 1. September in Druschal eine Sitzung abgehalten. Es wurde beschlossen, den Parteitag erst nach den württembergischen Landtagswahlen abzuhalten. Ferner wurde bezüglich der China-Frage einstimmig folgende Erklärung beschlossen:

Im Hinblick auf die Anbahnung der chinesischen Wirtzen, welche das Deutsche Reich in unabsehbare Verpflichtungen zu verwickeln drohen, im Hinblick auf das verfassungsmäßige Recht der Volksvertretung, durch vorhergehende Entscheidung über die Ausgaben die Geschäfte des Reichs mitzubestimmen, und im Hinblick auf die Notwendigkeit, die Ziele unserer Politik sowie die Verantwortlichkeit für dieselbe vor der Nation festzustellen, ist die schnelle Einderung des Reichstags dringend geboten.

Socialistenföderer durch die Schule. Infolge vor einigen Tagen gebrachte Notiz über das Stützungsfest des „Jünger Freier Lehrervereins“ giebt der „Kreuz-Zeitung“ Anlaß zu einer Polemik wider uns. Wir hatten die Zeitfrage eines Vortrags wieder gegeben, der die Bekämpfung der Socialdemokratie durch die Schule empfohlen hatte, und uns erlaubt, diesen Mißbrauch der Schule zu parteipolitischen Zwecken als mit den pädagogischen Zwecken der Schule unvereinbar zu bezeichnen. Auch hatten wir diese Methode der Socialistenbekämpfung kündlich genannt.

Die „Kreuz-Zeitung“ vermischt in dieser unruhr Kritik die Widerlegung der Thesen des Socialdemokraten, der davon ausgegangen sei, daß sich auch die Socialdemokratie in Jugend-erziehung und Unterricht mische. Sollen wir als Socialisten etwa noch der doch patriarchalischen Anschauungen huldigenden „Kreuz-Zeitung“ gegenüber das Recht der Eltern verteidigen, ihre Kinder in ihren Anschauungen zu erziehen? Sollen es sich socialdemokratische Eltern ohne Gegenwehr gefallen lassen, daß ihren Kindern phantastische Fiktionen über das Wesen ihres Ideals, der Socialdemokratie, eingebläht werden? Belundete die Schule nicht häufig täppischen Uebereifer und Intoleranz, beschränkte sie sich auf Verbreitung von nützlichen Kenntnissen und allgemeinen Sittlichkeitsnormen, so würde auch für socialdemokratische Eltern keine Veranlassung vorliegen, diesen schädlichen Einflüssen entgegenzuwirken.

Im übrigen überschätzen wir durchaus nicht den autoritativen Einfluß, der, sei es von Lehrern, sei es von Eltern, auf Kinder im schulpflichtigen Alter ausgeübt zu werden vermag. Allerdings ist es bis zu einem gewissen Grade richtig, daß, wenn die Jugend gehöre, die Zukunft gehöre, nur daß man unter Jugend nicht die Schul-jugend verstehen. Denn Weltanschauung und Lebensgrundzüge formen sich in den Köpfen doch erst im Stadium der reiferen Jugend, und dann oft im schärfsten Gegenfall zu dem früher Geglauten und Eingepaukten. Wir nannten deshalb den Aberglauben, daß kramphafte Bearbeitung des Kindesgemüths die herangewachsene Jugend vor der Socialdemokratie bewahren könne, mit Recht „kündlich“.

Wenn die „Kreuz-Zeitung“ uns aber ferner zumutet, daß wir die Thesen des Jünger Festredners, daß das von der Socialdemokratie Erstrebte „unmöglich“, „unausführbar“ usw. sei, weitläufig und ernsthaft „widerlegen“ sollten, so übertrifft sie an Raueität noch ihren Schützling um ein Erkelliches. Die Zahl der socialistischen Werke, in denen die Möglichkeit und Ausfühbarkeit unserer gesellschaftlichen Ideale mit wissenschaftlicher Gründlichkeit dargelegt wird, ist vom kommunistischen Manifest an bis auf die Erscheinungen der jüngsten Zeit, so umfangreich, daß die Zweifel eines in weitesten Kreisen unbekanntem Socialistenföderers in Jnin uns wirklich nicht veranlassen können, eine neue Verteidigungs- und Propagandakristall des Socialismus zu improvisieren. Mag der betreffende Lehrer einstweilen die Socialdemokratie vernichten; in ein paar Jahren wird den Herangewachsenen, die den Socialismus alsdann an der Quelle studieren, diese Vernichtung ebenso kündlich erscheinen wie uns.

Prinz Arenberg wird sich im Anfang Oktober vor dem im Militär-Arrestgebäude in der Lindenstraße zusammengetretenen Kriegsgericht, bestehend aus Offizieren der Eisenbahn-Regimenter, wegen Tötung des Regers Cain in Ostafrika zu verantworten haben.

Die Redner des Reichstags. Die stenographischen Berichte über die Reichstags-Verhandlungen sind soeben vollständig mit den dazu gehörigen Registern den Reichstags-Mitgliedern überant worden. Die „Deutsche Tages-Zeitung“ giebt folgende Zusammenstellung über die Zahl der Reden der einzelnen Redner. Am häufigsten, nämlich 191 mal, hat Abg. Singer gesprochen; ihm folgen mit 141 Reden Richter, mit 136 Vebel, mit 134 Dr. Müller-Sagan. Ueber hundertmal haben außerdem noch das Wort ergriffen die Abgeordneten Köpcke-Deffau, Wollenbush, Freiberger v. Stumm, Dr. Paasche, Stadthagen und Dr. Hise. Weniger als hundertmal, aber öfter als fünfzigmal haben folgende Abgeordnete gesprochen: Müller-Duisburg, v. Kardorff, Wassermann, Dr. Lieber, Prinz von Arenberg, Dr. Oertel,

Gröber, Müller-Gulda, Dr. Arendt, Camp, Hofmann-Dillenburg, Richter, Graf Koon, Bedt-Koburg, Liebermann von Sonnenberg, Jhr. v. Nichtshofen.

Stellen wir die Abgeordneten, die am häufigsten (mehr als zwanzigmal) gesprochen haben, nach Fraktionen zusammen, so ergibt sich folgendes Bild: Deutsche konservative Partei: Dr. Oertel (69), Graf Koon (57), Freiberger von Nichtshofen (51), v. Lebedow (36), Graf v. Stolberg (35), Graf v. Kantiy (31), Graf v. Mindonström (30), v. Staudy (27), v. Salich (24), v. Waldow (21). — Reichspartei: Jhr. v. Stumm (117), v. Kardorff (87), Dr. Arendt (81), Camp (59), Graf v. Armin (29), Dr. Stadmann (23). — Deutsche sociale Reformpartei: Liebermann v. Sonnenberg (52), Werner (40). — Centrum: Dr. Hise (103), Dr. Lieber (81), Prinz v. Arenberg (75), Gröber (66), Müller-Gulda (62), Dasbach (42), Köben (31), Dr. Spahn (31), Dr. Wagem (30), Kirich (29), Trimborn (28), Schmidt-Barburg (21). — Nationalliberale Partei: Dr. Paasche (109), Müller-Duisburg (93), Wassermann (86), Hofmann-Dillenburg (59), Dr. Hase (45), Böding (38), Graf v. Oriola (37), Jhr. v. Hehl (34), Dr. Sattler (31), Hilde (27), Dr. Lehe (22). — Freisinnige Vereinigung: Richter (69), Schröder (43), Dr. Paasche (39), Broemel (38), Freie (27). — Freisinnige Volkspartei: Richter (141), Dr. Müller-Sagan (134), Bedt-Koburg (56), Hilde (48), Dr. Müller-Meinungen (34), Lenzmann (28), Eichhoff (25), Schmidt-Eberfeld (21). — Socialdemokraten: Singer (191), Vebel (136), Wollenbush (119), Stadthagen (107), Wurm (45), Hoch (40), Heine (31). — Fraktionslose: Köpcke-Deffau (122), Dr. Hahn (47), Dr. Köpcke-Kaiserlautern (31), Söder (31).

Kleine Zeitungen sind hierbei nicht ausgeschlossen. Um die obigen Angaben richtig beurteilen zu können, muß man sich ferner gegenwärtig halten, daß eine Scheidung zwischen eigentlichen Reden und kurzen persönlichen oder Geschäftsordnungs-Bemerkungen nicht möglich ist. Es darf auch nicht vergessen werden, daß die Berichtserfasser zu den einzelnen Kapiteln des Reichshaushaltsetats sehr oft zu kurzen Bemerkungen das Wort ergreifen, so daß dadurch die Zahl ihrer Reden sehr groß wird. Diese Gesichtspunkte müssen berücksichtigt werden.

Ein Schiedsgerichtsurteil.

Das Schiedsgericht in Hannover hatte, wie wir dem „Volkswillen“ entnehmen, in einer Unfallsache ein Urteil gefällt, wodurch eine durch die Berufsgenossenschaft verhängte Rentenentziehung bestätigt wurde. Dabei hatte es ein Verfahren eingeschlagen, das von dem durch den Verletzten angerufenen Reichs-Versicherungsamt wie folgt gekennzeichnet wird:

„Das hierbei von dem Schiedsgericht bezw. seinem Vorsitzenden eingeschlagene Verfahren ist ein solches, welches jeder gesetzlichen Begründung entbehrt, allen prozessualen Grundfragen zuwiderläuft und das Urteil selbst dem Verfahren als nichtig und jeder Rechtswirkung ermangelnd erscheinen läßt.“

Es handelte sich darum, daß die Urteilsgründe der Urteilsformel direkt widersprechen. Während die Gründe sagten, daß der Kläger für seinen Unfall Rente zu beanspruchen habe, wurde doch der Rentenentziehungs-Bescheid bestätigt. Was dann weiter geschah, ließ man am besten in der Urteilsbegründung des Reichs-Versicherungsamts, in der es weiter heißt:

„Unverständlich und geradezu unentscheidbar ist die Art und Weise, in welcher im vorliegenden Falle eine logische Uebereinstimmung von Formel und Gründen des Schiedsgerichtsurteils äußerlich herbeigeführt worden ist. Nur als ein frei erdachtes, jeder entsprechenden Anwendung prozessualischer Normen, ja selbst der Ansehung an solche entscheidendes Verfahren kann es bezeichnet werden, wenn wir hier ein Schiedsgerichtsvorsitzender in einer ohne Hinzuziehung der Parteien abgehaltenen Schiedsgerichtssitzung von zweien der vier bei der Urteilsfällung und Unterschrift beteiligten gewesenen Mitglieder dem Vorsitzenden desjenigen Kollegiums, welches den Spruch gefällt hatte, die „Er-mächtigung“ erteilen läßt, das ergangene Urteil „hinsichtlich“ der Begründung dem Tenor entsprechend abzuändern, wenn darauf diese Abänderung erfolgt und das Urteil in der veränderten Fassung von den zuständigen fünf Richtern unterschrieben wird, und wenn schließlich die erneute Zustellung an die Parteien mit dem Bemerkten erfolgt, daß die früher zugestellte Ausfertigung hiergegen laffert“, indem gleichzeitig die ursprüngliche Urteilschrift durchstreichen und mit dem Kopfstickermerk „ungültig“ versehen wird.“

Wegen „unheilbarer Nichtigkeit“ wurde das Urteil laffert und zu nochmaliger Verhandlung an das Schiedsgericht zurückverwiesen. Sollen solche Richter überhaupt noch die Gewähr für ein gewissenhaftes Urteil? —

Der Imperialismus

Will den Amerikanern gar nicht gedeihen. Wie auf den Philippinen, so hören auf Kuba die Schwierigkeiten nicht auf. Die „Voss. Jtg.“ erhält darüber aus New York vom 26. August einen bemerkenswerten Bericht:

„Bemerkenswerte Nachrichten kommen aus Kuba. Es unterliegt keinem Zweifel mehr, daß die Unzufriedenheit gegen die Regierung in Washington auf der Insel von Tag zu Tag wächst und daß es nur noch eines Funken bedarf, um das Feuer der offenen Empörung hell auflodern zu lassen. Die Schuld an diesen wenig erbaulichen Zuständen trägt die uneheliche Politik der gegenwärtigen Macht-haber in Washington, die es glücklicherweise gebracht hat, daß die Stimmung der „Besetzten“ gegenüber den „Besetzern“ gerade so wie auf den Philippinen und Porto-Rico bitter feindselig geworden ist. Die ländergerierigen Jingoos in Washington hatten offenbar gehofft, daß sich Kuba an Dankbarkeit für die Befreiung vom spanischen Joch dem Befreier freudig an den Hals werfen und um gütige Annetierung bitten würde. Das ist nicht geschehen. Die Kubaner, jedenfalls frugig geworden durch die Behandlung der Porto-Rico-Bevölkerung und der Philippinos, ziehen es vor, frei zu sein und sich selber zu regieren. Da nun Mac Kinley vor aller Welt feierlich erklärt hat, daß die Kubaner frei und unabhängig sein sollten, so wissen die Jingoos nicht recht, wie sie an den fetten kubanischen Hapen heran können. Das einfachste wäre ja, alle Versprechungen zu brechen, die Kubaner zur Empörung zu reizen und dann Gewalt anzuwenden, so ungefähr nach dem Philippinen-muster. Aber erstens ist die Opposition gegen derartige amerikanische Methoden im Lande doch zu mächtig, zweitens wäre dergleichen vor der Präsidentenwahl zu gefährlich, und drittens ist das Länder-einfachen doch nicht so einfach, wie man sich gedacht hat: siehe den endlosen Philippinenkrieg und den Krieg der sieben englischen Verwandten gegen die Boeren. Die unangenehmste Schwierigkeit wäre die Frage, wo Truppen genug gegen die Kubaner hernehmen, da alle verfügbaren Streitkräfte zur Zeit auf den Philippinen und in China stehen. Da muß mit List zu Werke gegangen werden und Mac Kinley glaubt schon das richtige Mittel gefunden zu haben in Gestalt einer Erklärung, wonach die Regierung in Washington das Recht beansprucht, bei der Ausarbeitung der Verfassung für Kuba ein Wort mitzureden. Demnach soll ein Konvent auf Kuba zusammenberufen werden, der sich mit der Ausarbeitung dieser Verfassung beschäftigt. Diese Erklärung Mac Kinleys hat überall auf Kuba Entrüstung hervorgerufen. Besonders die alten Freiheitskämpfer, wie General Maximo Gomez und Salvador de Cisneros betrauert sind über Mac Kinley erbittert. Cisneros, der zur Zeit des Aufstandes gegen die Spanier Präsident der „Republik Kuba“ war, hat sofort im Namen der „Veteranos de la Independencia“ (Veteranen der Unabhängigkeit) von Kuba Mac Kinley persönlich in Washington ein Schriftstück überreicht, worin gegen jede Einmischung in die Geschäfte des erwähnten Konvents entschieden protestiert wird. Zugleich wird Mac Kinley darin erlucht, endlich seinen Versprechungen gegenüber Kuba nachzukommen und den Kubanern die ersehnte Unabhängigkeit zu geben dadurch, daß die Regierung in Washington sämtliche amerikanischen Truppen aus Kuba zurückzieht.“

Die kubanischen Patrioten befürchten nämlich, daß Mac Kinley und die übrigen Jingoos nach bewährtem amerikanischem Muster den kubanischen Konvent mit Delegationen „vollstopfen“ würden, die für einen Anschlag Kubas an die Vereinigten Staaten sind. Für Geld und gute Worte und Ausföhrten auf spätere fette Aemter wären genug solcher Leute zu finden. Das wollen die alten Freiheitskämpfer hintertreiben. Natürlich sind die Jingoos weitend, daß ihr uneheliches Spiel durchschaut ist, und es bleibt nun abzuwarten, was sie jetzt wieder aushecken werden, um den Kubanern bezukommen. Und da giebt es immer noch Leute, die von dem „selbstlosen“ Kriege gegen Spanien sprechen.“

Die „Vossische Zeitung“ thäte gut, an dieser vernünftigen Beurteilung der weltpolitischen Fehler der Amerikaner ihre eigene Haltung zur deutschen Chinapolitik einer gründlichen Nachprüfung zu unterziehen. —

Ausland.

Österreich-Ungarn.

Wien, 5. September. Der „Neuen Freien Presse“ zufolge ist die Auflösung des Abgeordnetenhauses bereits vollzogen und die diesbezügliche Kundmachung nahe bevorstehend. Die Ausschreibung der Neuwahlen wird der Bekanntmachung der Auflösung des Abgeordnetenhauses in kurzer Zeit folgen. —

Frankreich.

Paris, 5. September. Dem „Figaro“ zufolge haben etwa 80 Bürgermeister die Einladung, an dem Festessen der Pariser Stadtvertretung teilzunehmen, abgelehnt.

Kolonial-Opyer.

Der Pariser „Gaulois“ behauptet, das Marine-Infanterie-Regiment, welches in einer Effektivstärke von 1800 Mann in Dalar (Senegambien) in Garnison stand, sei nach Frankreich zurückgekehrt. Das Regiment sei nur noch 360 Mann und 8 Offiziere stark, der Rest sei dem gelben Fieber erlegen.

Norwegen.

Christiana, 4. Septbr. Bei den hiesigen Wahlmännerwahlen zum Storting erhielt die Rechtenpartei 11583 Stimmen, die Linkenpartei 8829 und die Socialisten 4035 Stimmen. Die Rechte gewann dadurch vier Sitze im Storting.

Afrika.

Gegenproklamation Krügers.

Aus Lourenço Marques wird gemeldet, Präsident Krüger befinde sich immer noch in Rosspruit, wo er eine Gegenproklamation gegen die Proklamation Lord Roberts betreffend die Annexion Transvaals veröffentlicht habe.

Kapstadt, 5. September. (Abendmeldung des Paris Nouvelles.) Die Zeitung „Onland“ bespricht die Annexion des Transvaalstaats und erklärt, daß man zwar ein Land annectieren, aber nicht die Herzen der Bevölkerung erobern könne und daß die Partei der Afrikaner sich von Tag zu Tag zu verstärken werde. Die Annexion habe nur einen dauernden Wert, wenn sie durch eine mächtige Armee gewährleistet werde.

Streifzüge und Gesechte.

London, 5. September. Dem „Neuerischen Bureau“ wird aus Cradoc gemeldet:

In Bloemfontein herrschte am letzten Sonntag große Aufregung, als gemeldet wurde, daß eine Voerenabteilung bei Thabanchu aufgelaufen sei. Bruce-Hamilton rühte am Sonnabend nach Thabanchu vor, eine fliegende Kolonne hat auch Bloemfontein am Sonntag verlassen. Ein Gesecht hat zwischen den Wasserwerken und Thabanchu stattgefunden.

Ein Telegramm des Korrespondenten des „Neuerischen Bureau“ in Pretoria, in welchem über die jüngsten von den Boeren zur Fortsetzung der Eisenbahnlilien unternommenen Streifzüge berichtet wird, besagt:

Boeren, die, wie man annimmt, unter dem Befehl De Wets stehen, haben die Eisenbahnlinie an zwei Plätzen im Oranje-Freistaat nördlich und südlich von Kroonstad zerstört. Sie erbeuteten einen Eisenbahnzug und zerstörten die Eisenbahnlinie bei Standerfontein, doch ist diese bereits wiederhergestellt. Die britischen Truppen haben im ganzen 19 Wagen mit Vorräten und 25 mit Artilleriematerial, aber keine Munition verloren. In dem betreffenden Telegramm heißt es dann weiter, daß die Meldung, General Delarey sei gefallen, in Pretoria mit großem Bedauern aufgenommen wurde, da Delarey ein tapferer General war, der immer in der schönsten Weise vorging.

Kapstadt, 5. September. Die Boeren mußten die Belagerung von Ladysbrand aufheben.

Amerika.

Washington, 5. September. Bei den gestrigen Staatswahlen im State Vermont ist die republikanische Mehrheit, die im Jahre 1896 40 000 Stimmen betragen hatte, auf 26 000 zurückgegangen. —

Partei-Nachrichten.

Parteitagsbeschlüsse und Parteidisziplin. Das „Sächsische Volksblatt“ in Zwickau beschäftigt sich mit dem uns unter der Ueberschrift „von berufener Seite“ zugegangenen Artikel in unserer Nr. 204 und schreibt zum Schluß:

„Der „Vorwärts“ hat sich mit Leichtigkeit über die gemachten Einwürfe und Bedenkllichkeiten hinweggesetzt. Wir haben dieselben in bester Absicht und in der Erwägung, daß jeder Genosse und jedes Parteiblatt das Recht hat, eine andere Meinung zu äußern, gemacht. Sie war objektiv gethan und eine Richtdisziplin haben wir nicht empfohlen. Der Ton des „Vorwärts“ in dieser Frage war daher gar nicht angebracht.“

Daß es nicht schlankweg der „Vorwärts“ war, der geschrieben hatte, konnte das „Sächsische Volksblatt“ mit Leichtigkeit aus der dem Artikel beigegebenen und hier wiederholten Kennzeichnung ersehen. Trotzdem ist der Artikel weder in der Absicht geschrieben, irgend einem Genossen oder Parteiblatte das Recht der Meinungsäußerung zu beschränken, noch ist solche Absicht aus ihm herauszulesen. Daß dazu nicht einmal eine „berufene Seite“ berufen ist, sollte man dem „Sächsische Volksblatt“ gegenüber nicht erst zu betonen nötig haben. Dagegen ist jeder in der Partei berufen, also auch der „Vorwärts“, wenn es ihm angebracht scheint, auch dem „Sächsische Volksblatt“ gegenüber auf die alten bewährten Grundzüge hinzuweisen, die das Geheimnis unserer bisherigen Erfolge bilden und auch weiter bilden sollen.

Gegen die Weltpolitik und das Vorgehen der deutschen Regierung in China fanden von Freitag, den 17. August, bis Sonntag, den 2. September in den beiden Neuenländern ältere und jüngere Linie (Gera-Greiz) zahlreiche Versammlungen statt. Genosse Adolf Hoffmann-Berlin sprach fast täglich vor gut besuchten Versammlungen über das Thema: „Die Weltpolitik und der Krieg in China.“ Nirgends war ein Flottenschwärmer und Weltpolitiker zu sehen, der das Wort zur Verteidigung der großen Wasserpolitik ergriß. In allen Versammlungen wurden einstimmig Resolutionen angenommen, welche gegen die Ausschaltung des Reichstags und die Politik der gepanzerten Faust protestierten und in dem die Anwesenden sich verpflichteten, nicht eher zu ruhen, als bis an Stelle der Weltmachtspolitik der gepanzerten Faust die der geschickten und geschulten Hand eines gutgepaarten und intelligenten Arbeiterstands getreten ist.

Wenn man die ungeheure Arbeitslosigkeit bedenkt, die in diesen Textilbezirken herrscht und über deren Umfang wir schon mehrfach

genemäßige Angaben machen konnten, so ist es begreiflich, daß bis weit in die Kreise der patriotischen Geschäftleute hinein eine schwere Verbitterung eingetreten ist. Unter diesen Umständen fiel die Agitation allenthalben auf guten Boden.

Der Wahlkreis Bielefeld-Wiedenbrück hat sich eine neue Organisation gegeben. Danach wird die Agitation im Kreise durch ein Agitationskomitee betrieben, das mit den in allen Orten zu wählenden Vertrauensmännern in Verbindung steht. Das Komitee giebt für die Parteigenossen Legitimationskarten und Marken a 10 Pf. aus, die zur Kontrolle namentlich für die Teilnahme an Parteiveranstaltungen dienen. Die Kreisorganisation wird in der Weise zusammengestellt, daß auf je 100 bei der letzten Reichstagswahl abgegebene Stimmen ein Delegierter gewählt werden kann.

Die Gedächtnisfeier für Liebknecht gilt in Weimar also doch nicht für staatsgefährlich. Gegen das seinerzeit mitgeteilte Verbot war Beschwerde eingelegt worden. Darauf hat die Bezirksdirektion entschieden:

„Auf die Verurteilung des Malers Ernst Rehtorn vom 15. d. M. erkläre ich den Beschluß des Gemeindevorstandes vom 11. d. M., durch welchen die Abhaltung einer öffentlichen Versammlung verboten worden ist, die der Vorstand des Sozialdemokratischen Volksvereins zu einer Gedächtnisfeier für Liebknecht einberufen wollte, für nicht zu Recht bestehend. Der Gemeindevorstand hat das Verbot mit dem Hinweis auf die Gefährdung des öffentlichen Wohls begründet, die bei Zustandekommen der Versammlung eintreten würde. Allein nach den Umständen des vorliegenden Falls erscheint diese Begründung ungerechtfertigt.“

Die Versammlung galt der Ehrung eines Toten und durfte bezw. mußte angenommen werden, daß in ihr der Würde des Todes Rechnung getragen werden würde. Daß die Zusammenkunft zu agitatorischen Zwecken in einer das öffentliche Wohl gefährdenden Weise ausgenutzt worden wäre, war auch deswegen nicht zu befürchten, als daran lediglich Parteianhänger des Toten teilnehmen sollten.“

Totenliste der Partei. In Heilbronn starb der Parteigenosse Karl Sautter infolge einer Operation. Sautter war einer derjenigen Genossen, der nicht nur während des Sozialistengesetzes ein eifriger Kämpfer für unsere gerechte Sache war, sondern sich jederzeit in der uneigennützigsten Weise in den Dienst der Allgemeinheit gestellt hat. Er leitete verschiedene Jahre den Vorsitz in der Partei, und seit Bestehen des Gewerbegerichts gehörte er diesem als Arbeitnehmer-Leipziger an. Auch die Gewerkschaftsbewegung verliert an ihm einen unermüdeten Förderer ihrer Bestrebungen.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

— **Wegen Verbreitung der polnischen Broschüre „Fort mit dem Militarismus!“** sollte vor einigen Wochen Genosse Morawski in Berlin eine Anklage bekommen. Die Polizei hatte bei ihm etliche Exemplare der Broschüre beschlagnahmt und die Genossen in der Provinz notiert, die von Morawski die Broschüre erhalten hatten. Das preussische Kriegsministerium hatte sich beleidigt gefühlt. Jetzt ist dem Gen. Morawski ein Gerichtsbeschluss mitgeteilt worden, der die Anklage als unbegründet, niederschlägt.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Die Vertreter der Töpfer und Töpfermeister verhandelten gestern über ihren Tarif vor dem Gewerbegericht v. Schulz in letzter Sitzung. Die Arbeitnehmer hatten sich an das Einigungsamt gewandt, um sich Klarheit zu verschaffen, ob die Arbeitgeber gewillt seien, den seiner Zeit vereinbarten Tarif wenigstens während der Vertragsdauer, das heißt bis Ende Dezember 1901, zu halten und mit ihnen gemeinsam in der damals eingesetzten Zwölfer-Kommission zu verhandeln. Das Verhalten mancher Meister hatte zu Zweifeln Anlaß gegeben. In etwa fünfständiger Verhandlung wurde folgendes festgestellt:

Der Tarif bleibt (mit einigen Ergänzungen) gültig. Er läuft am letzten Tage des Dezember 1901 ab, wenn er spätestens bis zum 30. September desselben Jahres gekündigt wird. Die kündigende Partei hat der Zwölfer-Kommission einen anderen Tarifentwurf vorzulegen. Wird man in der Kommission nicht einig, dann hat das Einigungsamt des Gewerbegerichts zu entscheiden. Als neue Position wird in den Tarif aufgenommen: Bei glasierten Untergestirnen wird ein Zuschlag von 50 Pf. gezahlt; bei Postamentöfen aber nur, wenn das Gefäss ringsherum geht. Der Tarif wird ferner dahin ergänzt, daß beim Ausbruch von Differenzen die beiden Vorstehenden der Arbeitgeberkommission und der Arbeitnehmerkommission zunächst einen Einigungsversuch zu machen haben. Gelingt dieser Versuch nicht, so hat die gemeinsame Zwölfer-Kommission in Funktion zu treten und eine Einigung zu versuchen. Wird eine solche auch hier nicht erzielt, so entscheidet die Kommission. Tritt Stimmengleichheit ein oder unterwirft sich eine der Parteien nicht ihrer Entscheidung, so ist innerhalb drei Tagen das Einigungsamt des Gewerbegerichts anzurufen. Dessen Entscheidung soll endgültig sein. — Werden Aussperrungen, Streiks oder Hausperren beabsichtigt, dann ist der Vorkontrakt, der dazu führte, vorher der Zwölfer-Kommission zu unterbreiten, damit die beabsichtigten Maßnahmen möglichst vermieden werden.

Mit den ausgesperrten Bleiglasern, deren Zahl 118 beträgt, erklärten sich in einer am Mittwoch abgehaltenen Versammlung die Baugläser solidarisch. Sie verpflichteten sich, während der Dauer der Aussperrung keine Arbeit, welche in das Fach der Bleigläser einschlägt, anzufertigen und zur Unterstützung der Aussperrten wöchentlich 1 M. zu zahlen. Die Bleigläser, welche auf Grund des Beschlusses der vorigen Versammlung in Arbeit stehen, zahlen pro Woche 5 M. zum Unterstützungsfonds.

Achtung Rohrlieger und Gehilfen! Die Differenzen bei der Firma Simundt, Lützowstr. 106, sind beigelegt; familiäre Forderungen sind bewilligt. Deutsche Metallarbeiter-Gewerkschaft Ortsverwaltung Berlin.

Die Korbmacher der Firma Rob. Schmidt u. Co., Krautstr. 6, und Schmidt u. Co., Dresdenerstr. 81, haben wegen Lohnminderungen die Arbeit niedergelegt. Die Werkstatt-Kontroll-Kommission.

Achtung Buchbinder! Die Kollegen und Kolleginnen in Buchdruckerien, Versicherungsgesellschaften, Tuchgeschäften etc. haben sich zwecks Aufstellung unserer Forderungen zur Lohnbewegung an die betreffenden Geschäfte bis spätestens Montag, den 10. Sept., abends, in unserem Bureau Engelsstr. 15 II, Zimmer 22 zu melden. — Auch ersuchen wir alle Kollegen und Kolleginnen, die ausgegebene Personalstatistik umgehend dem Bureau zu übermitteln.

Deutsches Reich.

Zur Aussperrung der Hamburger Werftarbeiter. Auf der Werft von Blohm u. Voß wurden am Dienstag 5 Arbeitsteile der Kupferstempel beauftragt, eine pneumatische Reilmaschine aufzustellen, womit man auf dem Dampfer „Potsdam“ die Platten risten wollte. Da dieses eine Arbeit der Metallarbeiter ist, weigerten sich die Arbeiter, die Maschine aufzustellen. Die Leute sind deshalb entlassen worden. Auf derselben Werft stellte man an 8 Dodarbeiter da an. Anknüpfen, sie sollten Schiffszimmerarbeiten verrichten. Da sich diese Arbeiter weigerten, wurden sie ebenfalls entlassen. Es befinden sich jetzt im ganzen 140 Schiffszimmerer im Ausstand. Die Leute halten ihren Versammlungsbeschluss aufrecht, wonach sie keine Arbeit nach Feierabend und keine Streikarbeiterarbeit verrichten wollen. In

den nächsten Tagen werden noch mehr Entlassungen von Schiffszimmerern erfolgen.

Der Ausstand der Steinseher in Halle a. S. hat den Erfolg zu verzeichnen, daß, wie aus ein Privattelegramm meldet, zwei der größten Firmen bewilligt haben. Die Leipziger Zeitungsbildner haben mit ihrer diktatorischen Anweisung, daß kein Leipziger Steinseher in einer andern Stadt Beschäftigung finden darf, kein Glück.

Die Aussperrung in der Münchener Konfektionsindustrie beendet. Da die vereinigten Konfektionäre am Sonntag die Aussperrung für beendet erklärten und der größte Teil der Arbeiter auf die zweite Aufforderung die Arbeit wieder aufnahm, beschloß eine außerordentliche Mitgliederversammlung des deutschen Schneiderverbandes am Montagabend, auch den Streik bei der Firma Sappel für beendet zu erklären. Durch den vierwöchentlichen Streik wurden lediglich einige Erleichterungen in Bezug auf das Lieferwesen erreicht. Zu Beginn des Streiks bezw. der Aussperrung waren die Organisationsverhältnisse der Konfektionsarbeiter leider nicht die besten. Von 600—1000 hier beschäftigten Schneidern und Schneiderinnen gehörten nur ca. 180 der Organisation an.

Die Gewerbegerichtswahlen in Colmar i. E. brachten der organisierten sozialistischen Arbeiterklasse einen glänzenden Sieg. Ihre Kandidaten wurden mit durchschnittlich 1050 Stimmen gewählt gegen etwa 250, die auf die Liste unserer liberalen Gegner fielen.

Ausland.

Ein skandinavischer Arbeitgeber-Verband. Unter Leitung des „dänischen Arbeitgebervereins“ hat eine Versammlung von Vertretern des „nordischen Handwerks- und Industrievereins“, dem Specialverbände der drei skandinavischen Länder angehören, stattgefunden, in der auf Antrag des schwedischen Vereins beschlossen wurde, Bestimmungen zu treffen, daß die Arbeiter eines Landes nicht in dem andern in Arbeit genommen werden, bevor sie Abschiedsbeine ihres früheren Arbeitgebers vorgelegt haben; ferner „Verhaltensmaßregeln gegen die Uebergriffe“ die die Fachvereine zu machen beginnen, indem sie sich zu Schlichtern der Beiräte aufwerfen; „endlich müssen Vereinbarungen getroffen werden, daß bei eintretenden Streiks oder Aussperrungen die daran beteiligten Arbeiter auch im andern Land ausgeschlossen sind, solange die Arbeitseinstellung dauert.“ — Ein ähnliches Programm, dem die Arbeiter schon antworten werden.

Seit dem 22. August gingen bei der **Persiner Gewerkschafts-Kommission** folgende Beiträge ein:

- Für die streikenden Sattler: Verband der Vergolder 50,—, Verein der Bäckereibetriebe 30,—, Organisation der Weibegerber, Lederfärber und Ledergerber 200,—, Verband der Gastwirte 100,—, Zentralverband der Maurer Berlins und Umgegend 1000,—, Verband der Buchdrucker-Hilfsarbeiterinnen 50,—, Steinseher-Verband (Hilfsliste Berlin I) 50,—, Tapeziererwerkstatt Schäfer 5,—, Verband deutscher Buchdrucker, Hauptkasse, 500,—, Von den Sattlern auf Listen durch Riebel 208,97, Verband Deutscher Metallarbeiter, Verwaltungsstelle Berlin 100,—, Verein Berliner Buchdrucker 300,—, Freie Vereinigung der Civil-Verlagsmänner 10,—, Tischlerei von Hellner 10,—, Zentralverband der Bauarbeiter Berlins und Umgegend durch Böttcher 150,—, Verband der Maschinen- und Feiler 50,—, Zentralverband der Böttcher 50,—, Verein der in Schriftgießereien beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen 22,50, Droschkenfahrer Berlins, organisierte, 15,—, Von den Sattlern auf Listen von Hülke IV, 99,65, Verband der Bauarbeiter, Zahlstelle I, 25,—, Von den Dachdeckern Berlins, Hülke Nord, 50,—, Von den Lederarbeitern, Weibegerbern, Lederfärbern, Lederfabrikanten Berlins 100,—, In Summa 3556,22 M.
- W. quittiert: 51,40 M., macht in Summa 3556,62 M.
- Für die Hinkezwärmer: Faktor von Benedikt 2,70, Arbeiter der Firma Teichmann 1,35, = Summa 4,05 M.; quittiert 681,20, macht in Summa 685,25 M.
- Für die Werftarbeiter: Ueberfluß der Kranzpende von den Arbeitern der Riechwerke Oberschöneweide 11,30, Arbeiter von Walleisen den unterlandlosen Gefellen 9,90, Verband der Vergolder 50,—, Arbeiter der Steinischen Maschinenfabrik 4,35, Arbeiter und Arbeiterinnen der Radelfabrik Dr. Gaffner u. Co. 2,60, Arbeiter der Aktiengesellschaft „Trefor“ 3,30, Mühlfabr. K. Klink, Barshauerstr. 13,55, Organ. Tischler- und Arbeiter des Böhmischen Brauhauses, Ueberfluß der Kranzpende 5,50, Karow u. Hennig 2,—, Sa. 102,80, bisher quittiert 1140,10 M., macht in Summa 1251,91 M.
- Für die Tischler in München: Von den Tischlern der Firma Karl Müller 27,80 M.
- Für die Vertrauenspersonen der Gewerkschaften sind Sammellisten für die Streikenden in unserem Bureau, Gewerkschaftshaus, Engel-Allee 15, I, Zimmer 8, von 9—1 vormittags und 6—8 nachmittags zu haben. Geldsendungen sind nur an A. Körsten dafelbst zu richten.

Sociales.

Sitzgelegenheit für Verkäuferinnen. Die Novelle zur Gewerbe-Ordnung, die in der Hauptsache am 1. Oktober in Kraft tritt, hat es leider unterlassen, die Gewährung von Sitzgelegenheiten für Verkäuferinnen anzuordnen. Sie überläßt vielmehr eine solche Anordnung dem Ermessen des Bundesrats. Es wendet sich infolgedessen jetzt die hiesige „Oris-Krankenkasse“ für den Gewerbebetrieb der Kaufleute, Handelsleute und Apotheker an den Bundesrat mit dem Ersuchen, bald durch einen Erlass die Gewährung von Sitzgelegenheiten für Verkäuferinnen zu regeln.

Zur Begründung ihres Ersuchens beruft sich die Kasse, der fast sämtliche hiesige Verkäuferinnen angehören, auf Ergebnisse ihrer Krankenstatistik sowie auf die Ergebnisse einer Umfrage bei den für sie thätigen Kassenärzten, die sehr beachtenswert sind. Die Kasse hatte Ende 1899 54 985 Mitglieder, darunter 13 543 weibliche.

An Krankentagen wurden gezählt:

	1898	1899
bei den männlichen Mitgliedern	288 563	330 801
bei den weiblichen Mitgliedern	193 441	218 063

Von je 100 Kassenmitgliedern wurden

	1898	1899
männliche	33,43	35,30
weibliche	48,06	44,61

arbeitsunfähig krank und erkrankten auf jedes

männliche Mitglied	8,29 Krankentage
weibliche Mitglied	12,81 Krankentage

Die durchschnittliche Dauer der Krankheiten betrug

männliche	1898	1899
weibliche	22,75	24,21 Tage
	30,22	30,18 Tage

Auf die Fragen antworteten 252 Ärzte, die im Jahre 1899 zusammen 14 674 weibliche Mitglieder der Kasse behandelten.

Auf die Frage: Glauben Sie, daß durch zu langes Stehen krankhafte Störungen des menschlichen Körpers herbeigeführt werden können? antworteten 216 Ärzte unbedingt mit Ja. Nur 7 Ärzte antworteten mit einem unbedingten Nein, während die übrigen bedingt bejahten. Es wurden dann noch eine Reihe von Fragen über die Art der möglichen Erkrankungen gestellt, wobei die Meinungen der Ärzte zwar erklärlicherweise stärker auseinandergingen, die Mehrheit aber doch über die schweren Schädigungen einig war, die insbesondere jungen Mädchen aus dem zu langen Stehen erwachsen.

Es ist zu hoffen, daß die Feststellungen der Kasse nicht ohne Eindruck bleiben.

Ultramontane Heerschau.

Die in der zweiten geschlossenen Generalversammlung der Katholiken Deutschlands angenommene agrarische Resolution hatte folgenden Wortlaut:

„In Erwägung, daß einerseits ein leistungsfähiger und kräftiger Grundbesitzerstand eine der wichtigsten Stützen unserer gesamten staatlichen und gesellschaftlichen Ordnung bildet, daß andererseits die deutsche Landwirtschaft sich in bedrängter Lage befindet, hauptsächlich infolge der niedrigen Preise der landwirtschaftlichen Erzeugnisse, welche vorzugsweise durch die Konkurrenz billiger produzierender Importländer hervorgerufen sind, und daß diese niedrigen Preise insbesondere eine zur Erhaltung der Arbeitskräfte in der Landwirtschaft notwendige, mit Industrie und Gewerbe gleichen Schritt haltende Erhöhung der Löhne nicht gestatten, erachtet die 47. Generalversammlung der Katholiken Deutschlands es als eine wichtige Aufgabe der Gesetzgebung und Verwaltung, der bedrängten Landwirtschaft weltgewandte Schutz angedeihen zu lassen, insbesondere auch durch Berücksichtigung der berechtigten Forderungen der Landwirte bezüglich einer notwendigen Erhöhung der bestehenden Pölle landwirtschaftlicher Produkte bei der bevorstehenden Neuverteilung des Zolltarifs.“

Aus der Rede über die Agrarfrage, die, wie gestern bereits kurz gemeldet, in der zweiten öffentlichen Versammlung der Stadtverordnete Landwirt Blum-Krefeld hielt, seien folgende Stellen nachgetragen:

Landwirt, Stadtverordneter Blum (Krefeld) sprach hierauf über die Agrarfrage. Der Redner entwarf ein Bild von der Lage der Landwirtschaft, die mit Hilfe der Wissenschaft große Fortschritte gemacht habe. Die Landwirte seien auch geistig fortgeschritten. Hinter diesen Karstoffeln stehe bisweilen bedeutend mehr Intelligenz, als mancher glaube. (Stärker Beifall.) Der Redner bezeichnet es für notwendig, der Landwirtschaft durch ausreichende Schutzpölle zu helfen. Der Landwirt müsse geschützt werden, durch Pölle beim Körnerbau, bei der Viehzucht durch Viehzölle und Abschließung der Grenzen gegen Viehschmuggler. Die Landwirte seien keine Feinde des Handels. Die Landwirte verlangen keine Kampfzölle. Es lasse sich sehr wohl ein Ausgleich zwischen Industrie und Agrarstaat schaffen. Der Redner bezeichnet im weiteren das landwirtschaftliche Genossenschaftswesen als notwendig. In erster Reihe seien überall ländliche Darlehnsstellen zu begründen. Dadurch werde es möglich sein, dem Bauer auf dem Lande entgegen zu arbeiten. Die ländlichen Darlehnsstellen bilden gewissermaßen den Vortrupp des landwirtschaftlichen Genossenschaftswesens. Im weiteren verlangte der Redner zur Steuerung der Leutenot größere Freiheit bei Heranziehung ausländischer Arbeiter. Daß dadurch socialdemokratische Ideen auf die Dörfer eingeführt werden, sei nicht zu befürchten. Das Landleben sei für socialdemokratische Ideen nicht förderlich. Ferner bezeichnet der Redner eine entsprechende Arbeitsnachweis-Organisation als erforderlich. Die Landwirte seien gern bereit, höhere Löhne als der Tarif der Auslieferungskommission zu zahlen; sie wollen auch dem Arbeiter geben, was der Arbeiter sei. Der Redner ging im weiteren auf das ländliche Verschuldungswesen ein und bemerkte: „Der Bauer schloß sich in der Welt, ein hypothekenseres Feld.“ (Stärker Beifall.) Als eine fernere Notwendigkeit bezeichnet der Redner die Gründung von Berufs-, insbesondere von Bauernvereinen. Die größten Freunde der Landwirtschaft sei die Centrumspartei, die traditionell schützlerisch genannt werden könne. Er gebe sich der Hoffnung hin, daß die heutige Katholiken-Versammlung auch der deutschen Landwirtschaft Gottes Segen bringen werde. (Ständiger Beifall.)

Erwähnt sei ferner, daß die Generalversammlung die Gründung katholischer (!) Real- und Fachschulen empfahl. Ueber die weitere Verhandlung meldet das „Herold-Bureau“:

Bonn, 5. September. Heute morgen 8 Uhr unternahm ein großer Teil der Teilnehmer des Katholikentags eine Wallfahrt nach dem nahen Kreuzberge. In der geschlossenen Generalversammlung wurde der Dank an den Abgeordneten Körten für sein mannhaftes Eintreten im Kampf gegen die Unstilleit ausgesprochen. Das Anerbieten der Stadt Aachen als Vorort für die nächste Generalversammlung wurde dankend abgelehnt. Es soll ein bayrischer oder badischer Vorort gewählt werden.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Stuttgart, 5. September. (W. Z. V.) Der deutsche Apothekerverein beschloß nahezu einstimmig, eine Denkschrift an den Reichskanzler zu richten, um eine Regelung des Apothekenwesens auf Grundlage der Beschlüsse der Gewerbekommission des Vereins herbeizuführen. Ferner lehnte die Hauptversammlung des Vereins nahezu einstimmig die Zulassung von Hilfskräften mit geringerer Vorbildung als jetzt vorgeschrieben ist, ab.

Wien, 5. September. (W. Z. V.) Die Agitation in Merikalen Kreisen gegen den Duellzwang der Offiziere nimmt größere Dimensionen an. Es wird beabsichtigt, eine parlamentarische Aktion einzuleiten, um die Regierung zu zwingen, den Ehrenrat der Offiziere abzuschaffen und gesetzliche Bestimmungen zu erlassen, damit die Offiziere wegen Duellverweigerung nicht mehr militärisch bestraft werden können.

Budapest, 5. September. (W. Z. V.) Die Ortschaft Bues im Rohomer Komitate ist bis auf einige Häuser abgebrannt. Die Schule, das Pfarrhaus und eine Brücke sind vernichtet.

Sofia, 5. September. (W. Z. V.) Die Regierung richtete an die bulgarischen Vertreter ein Rundschreiben, in welchem lokales Verhalten in der macedonischen Angelegenheit zugesichert wird.

Helsingfors, 5. September. (W. Z. V.) Die Petition des finnischen Landtags betreffend die vermeintliche nachteilige Richtung der Administration Finnlands wurde am 27. August dem Kaiser vorgelesen. Die Resolution des Kaisers auf diese Landtagspetition enthält folgende Hauptpunkte: 1. Die Petition wird nicht berücksichtigt, weil sie gegen die Landesverfassung, Artikel 51, verstoßt und einen frechen Tadel administrativer, gesetzmäßig vorgenommener Maßregeln enthält; 2. dem Generalgouverneur Vobrikoff ist mitgeteilt worden, daß sein Vorgehen korrekt und den allerhöchsten Instruktionen gemäß gefunden worden ist; 3. der finnische Senat soll nächstens eine Revision der Landtagsverfassung vornehmen mit dem Zweck, die Kompetenz des Landtags genau zu begrenzen und die Bestimmungen bezüglich der Behandlung der Sachen im Landtage zu vervollständigen.

Rom, 5. September. (W. Z. V.) Die beiden Amerikaner Harry Gengel und George Loughe vom geistlichen Seminar in Eichstätt, welche sich in den Katakomben Santa Domitilla verbarren, wurden während der Nacht von mehreren deutschen Kameraden mit Fackeln unter der Führung des Archäologen Maruzzi gesucht und heute morgen um 3 Uhr von diesen aufgefunden.

London, 5. September. Wie dem Reuterschen Bureau aus Simla gemeldet wird, sind die Befehle, durch welche der Abgang der vierten Brigade nach China inhibiert wurde, aufgehoben worden. Die Brigade wird unverzüglich abgehen.

New York, 5. September. (W. Z. V.) Die gestrigen Wahlen für die Staatsbeamten ergaben im Staats Vermont eine Majorität von 30 000 Stimmen für die Republikaner, also 8000 Stimmen weniger gegenüber der Majorität im Jahr 1896. Die Demokraten gewinnen gegenüber der Majorität in der Repräsentantenkammer, aber die Republikaner behalten drei Viertel der Sitze. — Die Wahlergebnisse in Arkansas weisen eine kleine Abnahme der demokratischen Majorität auf. Odell ist zum republikanischen Kandidaten für den Posten des Gouverneurs von New York ernannt worden.

Washington, 5. September. (W. Z. V.) Harrison hat sich bereit erklärt, als Mitglied in das ständige Bureau des internationalen Schiedsgerichts im Haag einzutreten. Cleveland hat sich unter Vorbehalt dazu bereit gefunden.

Anträge zum sozialdemokratischen Parteitag am 16. September und folgende Tage zu Mainz in der „Stadthalle Mainz.“

Tagesordnung.

- 1. Die Parteigenossen von Köln-Stadt: „Den Punkt 9 der Tagesordnung: Beteiligung an den Landtagswahlen, anstatt an 9. an 7. Stelle zu verhandeln.“
2. Parteigenossen des 5. Berliner Wahlkreises, die Geschäfts-Kommission der Vertrauensmänner-Centralisation der Gewerkschaften Deutschlands und die Parteigenossen von Stettin: „Die Frage der Neutralität der Gewerkschaften gegenüber der Politik auf die Tagesordnung des Parteitags zu stellen und durch Ernennung eines Referenten und Korreferenten, die die beiden sich bekämpfenden Standpunkte vertreten, eine eingehende Erörterung der Frage und womöglich eine Beschlussfassung über sie zu veranlassen.“
3. Parteigenosse Oskar Ewald, Stettin: Für den Fall der Annahme des Stettiner Antrags: „Die Frage: Sollen die Gewerkschaften politisch oder neutral sein?“ auf die Tagesordnung des Parteitags zu setzen und den Genossen Legien hierzu zum Referenten zu bestimmen, den Genossen Kautsky zu dieser Frage zum Korreferenten zu bestellen.“

Programm.

- 4. Parteigenosse Otto Moritz, Hamburg II: „Der Parteitag möge beschließen, den Parteivorstand oder eine Kommission zu beauftragen, dem nächsten Parteitag einen Entwurf eines neu formulierten Parteiprogramms vorzulegen.“

Taktik.

- 5. Parteigenossen in Breslau und Oberlangensielau: „Der bisherigen Unklarheit in der Frage unserer Taktik bei den Landtagswahlen in Preußen ein Ende zu machen durch den Beschluss allgemeiner und selbständiger Beteiligung der sozialdemokratischen Partei bei den nächsten preussischen Landtagswahlen. Weiter möge der Parteitag durch entsprechenden Beschluss ein Zusammengehen der sozialdemokratischen Wahlmänner mit solchen anderer Parteien gestatten zum Zwecke sowohl der Erlangung sozialdemokratischer Abgeordneter Mandate wie der möglichen Schwächung der jetzt im preussischen Abgeordnetenhaus dominierenden reaktionären Parteien. Die oberste Leitung der Wahlgeschäfte möge der Parteitag dem Parteivorstand bzw. einem besonders zu wählenden Komitee übertragen.“

- 6. Parteigenossen des Teltow-Weeslow-Storkow-Charlottenburger Kreises beantragen beim Parteitag in Mainz, der bisherigen Unklarheit in der Frage unserer Taktik bei den Landtagswahlen in Preußen ein Ende zu machen durch den Beschluss allgemeiner und selbständiger Beteiligung der sozialdemokratischen Partei bei den nächsten preussischen Landtagswahlen.

- 7. Parteigenossen in Frankfurt a. O.: „Der Parteitag macht es allen Parteigenossen Preußens zur Pflicht, sich an den Landtagswahlen zu beteiligen.“

- 8. Parteigenossen in Eisen a. N.: „Den Parteigenossen zu empfehlen, dort, wo irgend welche Vorteile für die Partei zu erlangen seien, sich selbständig an der Landtagswahl zu beteiligen.“

- 9. Parteigenossen in Bochum: „Die Regelung der Beteiligung an den preussischen Landtagswahlen hat in der Weise zu geschehen, daß ein Central-Wahlkomitee (eventuell Parteivorstand) auf Grund der Ergebnisse der bisherigen Wahlen die Wahlkreise bestimmt, die sich an der Wahl zu beteiligen haben. Das Central-Wahlkomitee hat auch die Verhandlungen mit den gegnerischen Parteien zu leiten. Die Beteiligung hat nur durch die Wahl eigener Wahlmänner stattzufinden und hat sowohl die Stärkung der bürgerlichen Opposition als auch die Erlangung eigener Mandate zum Zweck.“

- 10. Parteigenossen in Krefeld: „Beteiligung an den Landtagswahlen. Aber nur in der Weise, daß überall sozialdemokratische Wahlmänner aufgestellt werden. Wo sich nicht genügend Wahlmänner finden, hat die Beteiligung zu unterbleiben.“

- 11. Parteigenossen des Wahlkreises Nieder-Barnim: „Die Entscheidung, ob eine Beteiligung an der preussischen Landtagswahl vorzunehmen ist, ist dem einzelnen Wahlkreise zu überlassen.“

- 12. Parteigenossen in Wiesbaden und Chemnitz: „Der Parteitag wolle sich für Beteiligung an den Landtagswahlen aussprechen.“

Organisation.)

- 13. Die Parteigenossen im Saarrevier: „Die Organisation der Partei soll nach dem System der centralisierten Gewerkschaften eingerichtet werden. Der Parteivorstand hat seinen Sitz in Berlin. In jeder Stadt oder in jedem Wahlkreis sind Zahlstellen zu errichten. Jeder Parteigenosse hat die Pflicht, wenn er als solcher betrachtet werden will, sich der in seinem Wahlkreis befindlichen Zahlstelle anzuschließen.“

Paragraph 1.

- 14. Parteigenossen in Berlin I, II, III und Stettin: „Den § 1 des Organisationsstatuts unverändert zu lassen.“

- 15. Parteigenossen in Erfurt: „Zur Partei gehörig wird jede Person betrachtet, die sich zu den Grundzügen des Parteiprogramms bekennt und die Partei dauernd durch Geldmittel unterstützt.“

- 16. Parteigenosse H. Schulz, Erfurt: „Zu § 1 des Entwurfs in der dritten Zeile nach „Geldmittel“ unterfügt: „oder, wenn dies unmöglich, sie in einer gleichwertigen Weise fördert.“

- 17. Parteigenossen in Eibersfeld: „Dem § 1 des Statuts folgende Fassung zu geben: Zur Partei gehörig wird jede Person betrachtet, die sich zu den Grundzügen des Parteiprogramms bekennt und die Partei dauernd durch Geldmittel sowie durch Thätigkeit möglichst unterstützt.“

- 18. Parteigenossen in Berlin 4: „Im Entwurf hinter die Worte: die Partei dauernd durch Geldmittel unterstützt, zu setzen: „oder durch anderweitige Thätigkeit fördert.“

Paragraph 2.

- 19. Parteigenossen in Berlin I und III, Rülhausen i. G., Düsseldorf und des V. sächsischen Wahlkreises: „Den § 2 des bisherigen Organisationsstatuts unverändert beizubehalten.“

*) Der von einer Kommission der Reichstagsfraktion ausgearbeitete Organisationsentwurf ist bereits in der Nummer 175 des „Vorwärts“ veröffentlicht. In die dem Parteitag zugehende Vorlage wird er natürlich aufgenommen.

20. Parteigenossen in Eibersfeld:

„Ueber die fernere Zugehörigkeit zur Partei entscheiden die Parteigenossen der einzelnen Parteiorde resp. Wahlkreise, in letzter Instanz der Parteitag, bei dem von beiden Seiten Berufung gegen die erste Entscheidung eingelegt werden kann.“

21. Parteigenossen in Eisen a. N.:

„Unter § 2 anstatt der vorgezeichneten Abzüge 2 und 3 zu setzen: Ueber die fernere Zugehörigkeit zur Partei entscheiden in allen Fällen die Parteigenossen der einzelnen Orte.“

Die Ausschließung kann ausgesprochen werden auf Antrag sowohl des Parteivorstandes als auch der Kontrollkommission. Den Ausschließenen wie auch den resp. Antragstellern steht die Berufung an den allgemeinen Parteitag zu.“

22. Parteigenossen des Kreises Karlsruhe-Bruchsal:

„Ueber die Zugehörigkeit zur Partei entscheiden die Parteigenossen an den einzelnen Orten oder Reichstags-Wahlkreisen. Gegen die Entscheidung steht den Betroffenen zunächst die Berufung an den Parteivorstand zu. Erst wenn der Parteivorstand keine Entscheidung getroffen hat, die innerhalb 14 Tagen nach dem Beschluss der Genossen am Ort bzw. im Reichstags-Wahlkreise anerkennen sein muß, kann der Ausschluß als zu Recht bestehend betrachtet und der Öffentlichkeit bekannt gegeben werden.“

Auß der Ausschließene die Entscheidung des Parteivorstandes nicht an, so wird nach Ablauf einer 14tägigen Frist der Ausschluß rechtskräftig.“

Nach der Entscheidung des Parteivorstandes kann der Betroffene an die Kontrollkommission bzw. den Parteitag appellieren.“

23. Parteigenossen in Wiesbaden:

„Ueber die fernere Zugehörigkeit zur Partei entscheidet in erster Instanz ein Schiedsgericht, das aus drei Mitgliedern besteht. Das eine dieser Mitglieder wird von Denjenigen bezeichnet, welche den Ausschluß beantragen, das zweite von dem durch diesen Antrag Betroffenen, das dritte, welches den Vorsitz führt, vom Parteivorstand.“

24. Parteigenossen in Bochum:

„Ueber die Zugehörigkeit zur Partei entscheiden die einzelnen Orte oder Reichstags-Wahlkreise. Gegen die Entscheidung steht den Betroffenen die Berufung an den Parteitag zu.“

Zu Paragraph 3.

25. Parteigenossen im Saarrevier: „Gänzliche Beibehaltung des Vertrauensmänner-Systems und nur da Vertrauensmänner bestehen zu lassen, wo es die Landesgenossen oder die örtlichen Verhältnisse nicht anders gestatten.“

Paragraph 9.

26. Parteigenossen in Kachen: „An Stelle von § 9 Ziffer 1 zu setzen: Jeder Wahlkreis wählt zum Parteitag einen Delegierten und hat die Parteiliste denselben zu honorieren.“

Zu Paragraph 10.

27. Parteigenossen in Rülhausen i. G.: „Den § 10 unverändert zu belassen.“

Zu Paragraph 18.

28. Parteigenossen in Düsseldorf: „Die Controlleure sind dem Vorstand bei Erledigung der Parteigeschäfte gleichgestellt, wie § 13 des alten Organisationsstatuts bestimmt.“

29. Parteigenossen des fünften sächsischen Wahlkreises:

„Neben den fünf Mitgliedern des Parteivorstandes sind noch zwei Ersatzleute zu wählen.“

30. Parteigenossen in Berlin III:

„Dem § 18 folgenden Absatz beizufügen: Jedoch ist den Delegierten während der Tagung des Parteitags die Einsicht in die Bücher gestattet.“

Paragraph 17a resp. § 18:

31. Parteigenossen in Berlin IV und des Kreises Nieder-Barnim:

„Die Buchführung des „Vorwärts“ untersteht, ebenso wie das Centralorgan, der Kontrolle der Preßkommission.“

32. Parteigenossen des Wahlkreises Teltow-Weeslow: „Der Leiter der Buchführung „Vorwärts“ ist in Zukunft vom Parteitag anzustellen.“

33. Parteigenossen in Eibersfeld:

„a. In Bezug auf die Entwicklung der Partei sind die Beschlüsse der Landes- resp. Provinzial-Organisationen vom Parteivorstand zu berücksichtigen.“

„b. Die Landes- und Provinzial-Komitees haben das Recht, selbständig Anträge an den Parteitag zu stellen.“

34. Parteigenossen des Kreises Dortmund:

„Der Parteivorstand wird beauftragt, durch einen kaufmännisch gebildeten Parteibeamten die Bücher der Parteigeschäfte jährlich mindestens zweimal kontrollieren zu lassen. Ueber den Bücherbesand hat der Controlleur an Parteivorstand und örtliche Preßkommission zu berichten.“

35. Parteigenosse J. Erb, Hamburg:

„Um den Einheitsgedanken Rechnung zu tragen, soll für die Parteiorganisation ein einheitlicher monatlicher Beitrag von 25 Pf. durch den Parteitag festgesetzt werden.“

Presse.

Centralorgan.

36. Parteigenossen in Berlin V.: „Dafür einzutreten, daß der „Vorwärts“ weiter ausgedehnt wird, und alle Mittel hierzu zu ergreifen.“

37. Parteigenossen in Berlin I: „Den „Vorwärts“ baldmöglichst in eigene Regie zu übernehmen und in eigener Druckerei herstellen zu lassen, sowie ferner nach der hierdurch eintretenden Verbilligung der Herstellungskosten eine Herabminderung des Abonnementsbetrags vorzunehmen.“

38. Parteigenosse Bernice u. Genossen Berlin VI.: „Das sozialdemokratische Programm ist mindestens monatlich einmal im „Vorwärts“, dem Centralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands, gleich unter dem Titel, gewissermaßen mit als Titel zu veröffentlichen, mit Empfehlung geeigneter Schriften unserer Parteiliteratur, welche hauptsächlich das Programm behandeln. Das sozialdemokratische Programm mindestens monatlich einmal als Beilage in kleiner Buchform im „Vorwärts“, dem Centralorgan zc., beizulegen, mit Empfehlung geeigneter Schriften zc.“

39. Parteigenossen in Weitzen O.-Schl. und Umgebung: „Im Interesse der Parteibewegung unter der polnischen Bevölkerung Oberschlesiens solle die in Berlin erscheinende politische Parteizitung „Gazeta Robotnicza“ so bald als möglich entweder in Oberschlesien selbst erscheinen oder zum mindesten dort eine Geschäftsstelle errichten.“

40. Parteigenossen in Durlach i. B.: „Der Parteitag möge erwägen, bezw. den Parteivorstand beauftragen, Erwägungen anzustellen, ob nicht die Herausgabe einer etwa monatlich erscheinenden Zeitschrift angebracht und durchführbar sei, welche als specieller Publikations- und Diskussionsorgan für kommunalpolitische und sonstige in dieses Gebiet gehörige Fragen zu dienen hätte.“

Broschüren.

41. Parteigenossen im 20. sächsischen Wahlkreise: „Die von der Partei zu Agitationszwecken herausgegebenen Broschüren sollen in kleineren Partien zu denselben Einzelpreisen an die Parteigenossen abgegeben werden, wie dies jetzt bei größeren Partien geschieht.“

42. Parteigenosse Lebins, Dortmund:

„Der Parteivorstand wird beauftragt, alljährlich die Herausgabe eines politischen Handbuchs für die Parteireferenten nach Art der bekannten politischen ABC-Bücher zu veranlassen.“

43. Parteigenossen in Remel:

„Der Parteivorstand wird beauftragt, die Anweisung über das Vereins- und Versammlungsrecht neu herauszugeben und dabei die durch die Gesetzgebung und die richterliche Rechtsprechung notwendig gewordenen Änderungen vorzunehmen.“

„Freie Stunden.“

44. Parteigenossen von Reichensbach-Neurode: „Der Leiter der Buchhandlung Vorwärts soll veranlaßt werden, daß er eine vollständige Auswahl der Romane für „Freie Stunden“ vornimmt. Der jetzt erscheinende Roman „Der Sohn des Rebellen“ kann trotz seines für belebte Lesende hochinteressanten Inhalts nicht als geeignet für das Volk gehalten werden.“

Flugblätter.

45. Parteigenossen in Neuhaldensleben: „Alle wichtigen Reichstagsdebatten, wie z. B. Zuchthaus, Militär, Flotten- und Kolonialvorlagen nach dem stenographischen Bericht sollen als Flugblätter abgedruckt werden und diese dann auf dem Lande und überall da, wo keine Arbeiterpresse hinkommt, gratis verteilt werden.“

46. Parteigenossen in Heidelberg: „Der Parteivorstand wird verpflichtet, den einzelnen Reichstagswahlkreisen auf Verlangen alljährlich Flugblätter zur Verfügung zu stellen.“

Localpresse.

47. Parteigenossen in Sant-Wilhelmshafen: „Die Parteipresse ist verpflichtet, von Unternehmern, bei welchen sich die Arbeiter im Streit befinden oder über welche von der betreffenden Organisation die Sperre verhängt ist, für die Dauer dieses Streiks bezw. Sperre keine Geschäftsempfehlungen aufzunehmen.“

Agitation.

48. Parteigenossen in Heidelberg: „Der Parteivorstand wird ersucht, eine umfangreiche Agitation gegen eine etwaige Verschlechterung des Krankenversicherungs-Gesetzes einzuleiten.“

49. Parteigenosse Jacob Meyer, Berlin V.: „Der Parteitag möge beschließen, durch Broschüren oder Vorträge in Versammlungen dem Genuß des Alkohols entgegen zu treten und denselben nicht als eine Lapsalie behandeln.“

50. Parteigenossen in Varmen: „Den Parteivorstand zu ersuchen, der Agitation unter dem reisenden Publikum mehr Aufmerksamkeit zu schenken, als wie bisher.“

51. Parteigenosse Emil Reumann, Adlershof: „Es ist zur Erinnerung an unsern abverstorbenen Viehwecht jährlich an dem Sonntag vor oder nach der Wiederkehr seines Todestages in möglichst vielen Wahlkreisen eine gute Agitationschrift zu verbreiten, in welcher als Einleitung ein Hinweis auf unsern Viehwecht enthalten ist.“

Parlamentarisches.

52. Parteigenossen in Eibersfeld: „Die Reichstagsfraktion wird beauftragt, sofort nach dem Zusammentreten des Reichstags den Antrag einzubringen, wonach der § 96 R.-St.-G.-B. (Majestätsbeleidigungs-Paragraph) aufgehoben wird.“

53. Parteigenossen von Reichensbach-Neurode: „Den Bericht der Reichstagsfraktion alljährlich in derselben Weise herauszugeben, wie dieses Jahr.“

54. Parteigenosse Jacob Meyer, Berlin V.: „Der Parteitag möge dahin wirken, daß die Genossen im Reichstag energisch dafür eintreten, daß der Anreizzwang aufgehoben wird und auf die schädlichen Folgen hinzuweisen.“

55. Parteigenosse J. Erb, Hamburg: „a) Der diesjährige Parteitag wähle eine Kommission, welche analog meinen Programmtrügen erstens einen Reichsvolkshulden-Entwurf, zweitens einen kompakten Arbeiterhulden-Entwurf unter Berücksichtigung der hierzu gestellten Anträge, drittens einen Reichs- und Wohnungs-Entwurf ausarbeitet, um dieselben der Durchberatung des Reichstags zu unterbreiten. Andererseits würde den Gesetzmachern der Regierung neue Arbeit zugeführt und es ist nicht ausgeschlossen, daß auch die übrigen Parteien es sich überlegen werden, daß durch Schaffung solcher Gesetze der Instabilität mehr gesteuert wird als durch Gesetzmäßigkeiten à la lex Heinze.“

b) In einem Reichsgesetz für Bau- und Wohnungsweesen beizulegen, einzufügen, daß sämtliche Keller-Wohnräume, Keller-Werkstätten und Keller-Verkaufsstellen bis zum Jahre 1905 im ganzen Reich in Stadt und Land als Wohnräume usw. zu verwenden sind, daß Neubauten nicht höher als vier Stockwerke aufgeführt werden.“

c. Die sozialdemokratische Fraktion des Reichstags beantragt, daß von Seiten der deutschen Regierung eine Weltausstellung geplant wird zum Jahre 1913 in Leipzig. Das Centrum des Deutschen Reichs und die hundertjährige Wiederkehr des Tages der Völkerverbrüderung ist wohl die beste Wahl, die chauvinistischen Genieße zu dämpfen durch den friedlichen Wettkampf der Völker in ihren Leistungen auf dem Gebiet der Arbeit.“

Resolutionen.

Zu Punkt 9 der Tagesordnung: Die Taktik der Partei bei den Landtagswahlen:

56. Parteigenossen in Magdeburg: „In Erwägung, daß die junkerliche Reaktion in Preußen immer herrschender wird, wie u. a. die Behandlung der Vorlage eines Mittelland-Kanals bewiesen hat; in Erwägung, daß diese Machtstellung bei Beratung der Handelsverträge im Reichstag dazu benutzt werden wird, um die breiten Volksschichten mit neuen oder erhöhten indirekten Steuern, insbesondere mit verschärften Brotsteuer zu belasten; in weiterer Erwägung, daß proletarische Interessen in fast unübersehbarer Tragweite im preussischen Landtag entschieden werden; in schließlicher Erwägung, daß es Pflicht der Partei ist, den von ihr zu führenden Klassenkampf in immer weitere Gebiete zu tragen und immer mehr zu verallgemeinern, beantragen wir die Beteiligung der Partei an den preussischen Landtagswahlen.“

Die Beteiligung hat nach den Grundzügen zu erfolgen, die die Resolution Webel auf dem Hamburger Parteitag (Nr. 98 der Anträge) aufstellte und die da lauten:

1. Die Beteiligung an den preussischen Landtagswahlen ist überall geboten, wo die Verhältnisse eine solche den Parteigenossen ermöglichen.

2. Inwieweit eine Wahlbeteiligung in den einzelnen Wahlkreisen möglich ist, entscheiden die Parteigenossen der einzelnen Wahlkreise nach Maßgabe der lokalen Verhältnisse.

3. Befehligen die Parteigenossen eines Wahlkreises die Wahlbeteiligung, so kommen für diese folgende Gesichtspunkte in Betracht:

a) Ist die Wahl eigener Wahlmänner möglich, so ist dieselbe mit aller Kraft zu betreiben;

- b) ist die Aufstellung eigener Wahlmänner unmöglich und beschließen die Parteigenossen, sich dennoch an der Wahl zu beteiligen, so ist die Wahl von Wahlmännern, die ausschließlich einer bürgerlichen Oppositionspartei angehören, gestattet.
- 4. Abmachungen dieser Art für die Landtagswahlen sind nur unter der Bedingung zulässig, daß die betreffenden bürgerlichen Oppositionsparteien bereit sind:
 - a) ihre Kandidaten zu verpflichten, für den Fall ihrer Wahl in den Landtag für die Einführung des allgemeinen gleichen direkten und geheimen Wahlrechts, wie solches für die Wahlen zum Reichstag besteht, auch für die Wahlen zum Landtag einzutreten und im Landtag alle Maßnahmen zu beschließen, die geeignet sind, die bestehenden Vorkämpfe im Einzelstaat weiter zu schmälern oder zu beseitigen;
 - b) eventuell auch einem socialdemokratischen Kandidaten ihre Stimme zu geben.
- 5. Um eine genaue Durchführung der vorstehenden Beschlüsse zu ermöglichen und die Interessen der Gesamtpartei nach allen Richtungen hin zu sichern, betraut der Parteitag den Parteivorstand mit dieser Aufgabe.
- Die einzelnen Wahlkreise sind verpflichtet, die Zustimmung des Parteivorstands für ihre Abmachungen mit andern Parteien einzuholen.

57. Parteigenossen des 11. sächsischen Wahlkreises:
Der Parteitag möge in Erwägung ziehen, ob es nicht möglich ist, angesichts der großen Steigerungen der Papierpreise für die Parteidruckerei zum Bezuge von Papier eine eigene Papierfabrik zu gründen.

58. Parteigenosse G. Barth, Hermsdorf bei Chemnitz:
In der Erwägung, daß durch die systematische Sozialabtreiber seitens der Gegner der Partei das wichtigste Agitationsmittel für viele Orte resp. Bezirke illusorisch gemacht worden ist; in weiterer Erwägung, daß die dadurch an die Parteistellung naturgemäß gerichteten Gesuche um Gewährung von Darlehen resp. Zuschüsse zur Erwerbung von Grundstücken, welche zur Abhaltung von Versammlungen dienen sollen, immer dringlicher und zahlreicher eingehen werden, dieselben in Zukunft nicht mehr grundsätzlich ablehnen zu wollen.

- Der Parteitag wolle beschließen:
1. In diesem Zweck einen besonderen Fonds anzulegen.
 2. Die Mittel zu diesem Fonds dadurch aufzubringen, daß alle politischen Organisationen der Partei sich verpflichten, einen 30 prozentigen Beitrag der direkten Mitgliedsbeiträge an die Parteileitung abzuliefern.

Der Parteitag wolle weiter beschließen:
Die Vorstände der Parteizeiten derjenigen Orte, wo zur Abhaltung von öffentlichen Agitationsversammlungen geeignete Räume oder Grundstücke nicht zu erlangen sind, zu ermahnen, die Mitgliederversammlungen dieser Vereine dadurch mehr agitatorisch für die Partei nutzbar zu machen, daß sie ähnlich, wie dies die österreichischen Genossen es thun, an bestimmte einzelne Personen abwechselnd Einladungen, welche den Zweck und die Aufgaben unserer Vereine mit enthalten sollen, richten.

Parteitag.

- 59. Parteigenossen in Magdeburg:
Den nächsten Parteitag in Magdeburg abzuhalten.
- 60. Parteigenossen in Grahwitz:
Den nächsten Parteitag in Steintal abzuhalten.
- 61. Parteigenossen in Neuthen O. Esth. und Umgegend:
Alle Parteitage, nicht nur etwaige außerordentliche, an geographisch günstig gelegenen Orten abzuhalten.
- 62. Parteigenossen in Rönne a. Rh.:
Auf die Tagesordnung des nächstjährigen Parteitags „Die Alkoholfrage“ zu setzen.

Parteitag der österreichischen Socialdemokratie.

Graz, den 4. September 1900.

Dritter Verhandlungstag, vormittags.
Den Vorsitz führt Popp.
Das Exekutivkomitee der polnischen Socialdemokratie in Oestreich begrüßt den Parteitag in einem Schreiben, in dem es heißt:
„Seit den ersten Anfängen unserer Bewegung haben wir die aufrichtige, tief empfundene Solidarität aller socialdemokratischen Organisationen in Oestreich auch auf unsre Fahne geschrieben und gegen die Chauvinisten verteidigt. Unsere Parteimänner haben mit dem einzigen Arm in Arm gegen die vereinigte Reaktion bereits auf diesen Schlachtfeldern gekämpft; gemeinsam sind unsre Wege und Ziele, gemeinsam der Feind, gemeinsam der österreichische Jammer, obwohl Sprache und Nationalität uns unterscheiden. Zahlreiche und mühevoll arbeitende Arbeiter des Proletariats aller Nationen, die in diesem Staate wohnen müssen, hat trotz der mächtigsten Einwirkungen unserer socialistischen Feinde bereits große Resultate erzielt. Wir haben unsre Feinde entworfen, indem wir die nationale Freiheit und Selbstverwaltung in die Wirklichkeit umsetzen, eine Leistung, der keine andre Partei in Oestreich gewachsen ist. Wir sind nicht getrennt, sondern geordnet; und im toten Kampfe aller gegen alle, der in der ausbreitenden „nationalen“ Klasse wüthet, können wir ruhig wirken und arbeiten. Möge Euer Parteitag, als Versammlung der mächtigsten Organisation im Staate, auch der andern Organisation gedenken und möge Eure Arbeit uns allen nützen.“
Verhandelt wird heute über die

„Partei-Organisation“.

Anträge auf eine grundlegende Aenderung der Organisation liegen nicht vor. Die eingehenden Anträge beziehen sich lediglich auf den Ausbau der bestehenden Organisationsformen, auf die Beiträge in den Organisationen, ein Antrag Hueber verlangt, daß die Parteigenossen verpflichtet seien, ihren Organisationsbeiträgen (Gewerkschaften) anzugehören und wo politische Organisationen bestehen, sollen die Mitglieder der Gewerkschaften gehalten sein, diesen Vereinen nach der reichlich zulässigen Möglichkeit beizutreten.
Der Referent Staretz-Wien konstatirt, daß sich die bestehende Organisation in großen und ganzen gut bewährt habe. Nur der Ausbau lasse noch zu wünschen übrig, besonders in den Lokalorganisationen. Es sei notwendig, daß in den Lokalorganisationen die Vertrauensleute der Gewerkschaftsorganisationen der Fortschritt und Werkstätten sitzen. Diese Vertrauensleute hätten die meiste Fühlung mit den Genossen und könnten für den Fall einer notwendig werdenden Aktion am leichtesten das Gros der Genossen auf die Beine bringen. Es sei dieselbe auch nötig, die Kompetenz der Wahlkreis-Organisationen bei der Aufstellung der Kandidaten für den Reichstag, den Landtag und auch den Gemeinderat etwas einzuschränken. Die Reichsrats- und Landtagskandidaten würden ja im Einvernehmen mit der Gesamt-Parteivertretung bezw. der Landesvertretung aufgestellt, aber auch bei den Kandidaten für den Gemeinderat sei ein solches Einvernehmen nötig, damit nicht Dinge vorkommen, die man in Deutschland mit dem Namen Stegmüller bezeichnet.
Redner bespricht die Organisationsversuche der jugendlichen Arbeiter usw. die seit diesen Jahren gefordert wurde. Die Parteivertretung habe ein Komitee mit diesen Organisationsversuchen betraut und möglichst-dramatische Vortragsabende einrichten lassen. Aber man dürfe diese Organisationsversuche nicht übertrieben, damit keine unglücklichen Wirkungen für die jugendlichen Kreise eintreten. Ein wegen seiner Jugendlichkeit zur socialdemokratischen Organisation gemahregelter Lehrling kann unter Umständen für das ganze Leben gefährdet werden. Ebenso dürfe die Gründung von Sportvereinen nicht überhandnehmen. Es würden jetzt viel mehr Turn- und Radfahrvereine gegründet. Turn- und Radfahrvereine sind aber keine Kampforganisationen.

Was die Franzosenorganisation anlangt, so sei ein Fortschritt unklar. Die Erfahrung habe aber gelehrt, daß die Organisation nur bei den industriell beschäftigten Frauen und Mädchen erfolgreich sei, bei verheirateten Frauen aber die Mühe nicht lohne.
In der Diskussion finden die Ausführungen des Referenten fast allgemeine Zustimmung. Von verschiedenen Seiten werden die Turn- und Sportvereine lebhaft in Schutz genommen.

Dr. Adler-Wien stellt den Antrag: Die Aufstellung der Kandidaten für den Reichstag ist von der Parteivertretung, für den Landtag von der Landesvertretung (resp. Wahlkreisvertretung) gemeinsam mit der Gesamtheit der Wahlkreis-Vertrauensmänner vorzunehmen und zwar nach Anhörung der Vorschläge der Wahlkreis-Organisationen. Der Antrag sei notwendig im Interesse einer einheitlichen Regelung der Kandidatenaufstellung. Er sei im übrigen ein Freund der Sportvereine, denn das gesellschaftliche Leben der Arbeiter solle sich möglichst in parteigenössigen Organisationen abspielen. Nur Ueberreibungen solle man entgegenstellen.

Hueber-Wien begründet seinen oben erwähnten Antrag, er werde am besten den Gewerkschaften den socialdemokratischen Charakter wahren und sie vom Neutralitätsstandpunkt, den er durchaus verwerfe, fernhalten.

Widholz-Wien meint, das Neutralitätsprinzip sei nicht ohne weiteres zu verwerfen. Die Arbeiter müßten ohne Unterschied der Partei zunächst bei ihren wirtschaftlichen Interessen gepaßt werden. Nach einem Schlagwort Staretz gelangen die Anträge zur Abstimmung. Der Antrag Adler wird einstimmig angenommen, ebenso der Antrag Hueber. Die übrigen Anträge werden der Parteivertretung zur Berücksichtigung überwiesen.
In der Nachmittags-Sitzung kommt die Frage der Land-agitation zur Erörterung.

Versammlungen.

Die Parteigenossen Berlin nahmen am Dienstag Stellung zum internationalen Kongreß in Paris. Die Versammlung tagte im Zempalast und war gut besucht. Der Referent Mich. Fischer wies einleitend auf die Bedeutung internationaler Arbeiterkongresse hin: Die heutige politische Situation gestalte den diesjährigen Kongreß zu einem ganz besonders bedeutungsvollen. Zutritten der allgemeinen Völkervereinigung, die jetzt in allen Ländern ihr Wesen treibt, werde der Kongreß der internationalen Socialdemokratie ein Verbrüderungsfecht der Arbeiter aller Länder sein und ein Protest gegen diejenigen, welche, indem sie an die niedrigsten Instanzen appellieren, die Völker zu blutigen Gemeyel auf einander beugen. Angesichts dieser Situation habe der Kongreß die Aufgabe, als Vertreter wahrer Kultur und wahrer Vaterlandsliebe zu protestieren gegen die Inkultur und Barbarei, welche die falschen Vaterlandskennende vertreten. — Hierauf ging Redner auf die einzelnen Punkte der Tagesordnung des Kongresses ein und schloß: Wir werden diesen Kongreß besuchen wegen seiner Bedeutung und seiner propagandistischen Wirkung. Wir werden, wenn die Verhandlungen beendet sind, alles thun, um die Beschlüsse des Kongresses zur Durchführung zu bringen und damit werden wir ein Stück der Aufgabe lösen, die den deutschen Socialdemokraten als Teil der internationalen Socialdemokraten zufällt. — Eine Diskussion über den beifällig aufgenommenen Vortrag entstand nicht.
Von den zur Delegation nach Paris vorgeschlagenen erklärten sich nur die Genossen Lätzerow, Kogte und Frey zur Annahme des Mandats bereit. Sie wurden darauf einstimmig gewählt.

Eine interessante polnische Volksversammlung, die von unsren Genossen einberufen war, fand am 2. September bei Stecher statt. Es hatten sich etwa 800 Teilnehmer eingefunden, deren überwiegende Mehrheit sich aus Mitgliedern der bürgerlich-katholischen Vereine zusammensetzte. Auf der Tagesordnung stand der neueste Erlass des preussischen Kultusministers gegen die polnische Sprache. Als erster Redner ergriff Genosse Morawski das Wort und schäuferte den Anfang der Germanisationspolitik in den 70er Jahren. Von Jahr zu Jahr ist es schlimmer geworden. Die polnische Sprache und das Centrum haben das Volk stets verraten. Ihnen liegt ja nichts an der Volksbildung — das ungebildete Volk läßt sich ja viel besser bemeistern und ausbeuten. Zum Schluß forderte der Redner auf, den polnischen Sprachunterricht mit aller Energie in der Familie zu betreiben. Das kann keine Ministerverordnung, kein Gendarm verhindern. (Lebhafter Beifall.)
Das eigentliche Referat hielt Genosse Haase, der in 1 1/2 stündigen Vorträgen — von stürmischem Beifall aller Anwesenden fortwährend unterbrochen — die Bedeutung des Erlasses für das ganze Volk vorlegte. Ohne genügende Kenntnis der Sprache keine Bildung, keine Kultur, kein kultureller Fortschritt des Volks. Die Literaturgeschichte bleiben für das Volk begraben. Schon der heutige Zustand ist unhaltbar. Vor Gericht, im Verkehr mit Bedienten muß sich der polnische Arbeiter einer fremden Sprache bedienen und hat den Rest davon. Die Schule erfüllt in den polnischen Landesteilen ihre Aufgabe nicht im mindesten. Wenn der Lehrer die Kinder nicht versteht — und die Kinder nicht den Lehrer —, kann das Resultat nur ein miserables sein. Darunter leidet das ganze Volk. Jetzt wird es noch schlimmer. Aus den Schulen in Polen werden keine Germanisationsanstalten. Das polnische Kind soll in den Schulmäuern kein polnisches Wort hören! An die Versprechen, die man den Polen in dem Wiener Vertrag von 1815 gemacht hat, denkt kein Mensch mehr. 1829 erließ der preussische Kultusminister eine Verordnung, in der er u. a. sagte: „Die Völker können sich nur mittels der eignen Sprache bilden. . . Wenn wir uns ernsthaft um die Aufklärung des polnischen Volks bemühen sollen, dann werden wir das Ziel am sichersten mit Hilfe der eignen Sprache des Volks erreichen.“ Nach 73 Jahren denkt Herr Staretz anders. Das ist der preussische Kulturfortschritt! Als der Revolutionärgeneral Mirowski in den Märztagen 1848 aus dem Moabit Gefängnis herausgelassen wurde und ihn die Berliner Arbeiter mit dem Ruf: „Es lebe Polen!“ vor das Schloß führten, da sagte Friedrich Wilhelm IV.: „Von meinem Standpunkt aus rufe ich auch: „Es lebe Polen!“ Und die revolutionären Bauernschaften, die sich im Völkerrückzug auch in Polen regten, hatten ihre Wirkung: am 11. April 1848 garantierte man den Polen in Jaroslawice eine Verwaltung, bei welcher jeder „in seiner eignen Sprache“ regiert werden sollte. Wie ist es dagegen heute? Von den polnischen Landesteilen hatte nur Polen seit 1804 den fakultativen polnischen Sprachunterricht und den Religionsunterricht in polnischer Sprache. Jetzt ist beides — bis auf die untersten Klassen — beseitigt worden. Selbst die unglücklichen Landstummnen will man nur deutsch lehren und nimmt den Armen die einzige Möglichkeit, sich mit den Angehörigen zu verständigen! Daß es so weit gekommen ist, daran hat das Volk selbst schuld. Die Volksverräter: die polnische Sozialpartei und das Centrum, sind noch immer die Erwählten des Volks in Parlament und Landtag. Für Wirseln und Betteln, ihre Versicherungen, daß sie „staatsfern“ bleiben wollen, kann der Regierung nur ein miserables Lächeln abgewinnen. Das polnische Volk muß sich andre Führer suchen. Das Volk darf nicht mehr dulden, daß die Admiralski und Koscielski Militärvorlagen bewilligen, um mit Orden und Ermerungen vom kaiserlichen Diner ins Land zurückzuführen. Wir haben gar keine Veranlassung, „lokale Preußen“ zu sein! Man hat uns vor 100 Jahren ja gar nicht gefragt, ob wir zu Preußen gehören wollen! Das haben Ramonen und Bajonette besorgt! Und wenn sie heute unser Land verlassen wollen, so werden wir sie wahrlich nicht daran hindern!

Redner erklärte jetzt die Stellung der Socialdemokratie resp. der polnischen socialistischen Partei zu der Frage. Die Socialdemokratie, die gegen jedes Unrecht, jede Unterdrückung kämpft, protestiert auch ebenso energisch gegen die nationale Unterdrückung. Ihre Haltung kann gar keine andre sein. Und als Arbeiter haben wir das größte Interesse daran, daß dem kulturellen Fortschritt der Bildung des Volks keine Fesseln anferlegt werden.

Geno ist Sedantag. Die Chauvinisten, die uns ihre Sprache aufzwingen wollen, feiern heute zum 30. Male die Erinnerung einer blutigen Schlacht. Wir stehen hier zum Gedächtnis eines löstlichen Guts — unsrer Sprache. Und die Geschichte möge entscheiden, auf welcher Seite die wahre Kultur ist. (Langanhaltender Beifall.)

Der Referent schloß folgende Resolution vor, die mit lebhaftester Zustimmung einstimmig angenommen wurde:
„In der Fremde lebend, wollen wir nicht die Bande vergessen, die uns mit unsrem Land verbinden. Das polnische Volk auf der Emigration vergißt nicht seine Brüder daheim. Das Unrecht, das ihnen angethan wurde, ist auch das unsrige. Zum Kampfe, der ihnen aufzuingen ist, werden auch wir gehen. Deshalb protestieren wir laut und energisch gegen die Verordnung des preussischen Kultusministers. Die Verordnung widerspricht den Grundfragen der Gleichberechtigung und der Gerechtigkeit und allen den Versprechungen, die seitens der preussischen Regierung im Laufe der Zeit gemacht worden sind.“

Für die Kinder des polnischen Volks fordern wir polnischen Unterricht in polnischen Schulen. Nur ein solches Schulsystem kann die Volksbildung heben. Der Kampf gegen den Fatalismus muß in der Familie und im öffentlichen Leben aufgenommen werden. Die Erziehung in der Familie muß einen starken Damm gegen alle Gelüste der Germanisatoren bilden. Im öffentlichen Leben müssen wir erkennen, daß die heutigen Regierungen den Interessen des polnischen Volks nicht entsprechen.

Deshalb muß die Politik des polnischen Volks gegen die Regierungen gerichtet sein. Eine Annäherungspolitik gegen die Regierungen ist Völlerverrat. Unsren Vätern, die gegen die tschakische Uebermacht der russischen Herrschaft kämpften, übermitteln wir unsre glühenden Sympathien.

In der Diskussion sprachen Genosse Ledniewski und zwei Herren von bürgerlicher Seite, die den Wunsch ausdrückten, die Polen müßten im politischen Leben mit den Socialisten Hand in Hand gehen. Herr Probel, der Redacteur des polnischen „Berliner Tageblatt“, suchte die angegriffenen Politiker der Sozialpartei zu verteidigen, fand aber keine Gegenliebe.

Nach einem kräftigen Schlußwort des Genossen Haase schloß der Vorsitzende die Versammlung.

Ein Vertrauensmänner-Versammlung der Bantischer, welche sich mit dem Maschinenbau beschäftigte, tagte am 3. September im Gewerkschaftshause. Zur Annahme gelangte folgende Resolution: Die Versammlung der Bantischer erkennt den von der Richter-Kommission vereinbarten Tarif an, und verpflichtet sich, bei ihren Kollegen dahin zu wirken, daß derselbe in der demnächst stattfindenden öffentlichen Bantischer-Versammlung zur Annahme gelangt.

Der Verein der Banenschläger hielt am 2. d. M. eine Versammlung ab, die sehr zahlreich besucht war. Vor Eintritt in die Tagesordnung legte der erste Vorsitzende Finke insolge der in der vorigen Versammlung gegen ihn gerichteten Beschuldigungen sein Amt nieder. Eine Neuwahl soll aber erst in nächster Versammlung stattfinden. Neu aufgenommen wurden 39 Kollegen. Särdrer stellte hierauf einen Antrag auf Wahl einer Kommission von 5 Mitgliedern, welche untern bestehenden Lohnsatz vollständig neu ausarbeiten soll, da sich täglich neue Mängel und Fehler herausstellen. Die Aenderungen sollen dann zum Januar der nächsten vorgelegt werden. Hierauf gab der Kassierer der Lohnkommission eine vollständige Abrechnung über die Einnahmen und Ausgaben während der Lohnbewegung. Danach waren 9732,31 M. Einnahmen und 3774,20 M. Ausgaben zu verzeichnen, so daß ein Bestand von 5958,11 M. verbleibt.

Der Centralverband der Handels- und Transport- und Verkehrsarbeiter hielt am 2. September seine Generalversammlung ab. Derselbe ergriff zunächst das Andenken des verstorbenen langjährigen Mitglieds Koße durch Erheben von den Plätzen. Hierauf gab Werner den Kassenbericht für das zweite Quartal. Die Gesamteinnahmen betragen 18120,18 M., die Ausgaben 15761,83 M., mithin bleibt ein Bestand von 2358,35 M. Hervorgehoben wurde, daß in diesem Quartal 4978 Reisaufnahmen gemacht und 57382 Wochenarbeit bezahlt wurden. In die Hauptkasse sind 9549 M. und an das Streckkomitee 1000 M. abgeliefert worden.

Der Bericht des Arbeitsnachweises stellt sich wie folgt: Gemeldet wurden 231 Stellen. Davon konnten für fest 108 und zur Ausfülle 123 Stellen besetzt werden. Der höchste Lohn betrug 25 M., der niedrigste 16 M., der Durchschnittslohn dagegen 19,50 M. pro Woche. Die Dauer der durchschnittlichen Arbeitszeit bei den besetzten Stellen betrug 12 1/2 Stunden. Unter Geschäftlichem wurde zunächst darauf hingewiesen, daß 40 Kolonnenführer der Firma Deusch u. Rothstein sich im Anstand befinden. Die Hausdiener wurden ermahnt, Streikbrecher, die hauptsächlich vom Comptoirpersonal dieser Firma gestellt werden, beim Ausladen der Güter nicht zu unterstützen. Ein Antrag, den § 15, Abs. 2 des Statuts dahingehend zu ändern, daß zum Verbandstage nicht mehr auf 200, sondern auf je 500 Mitglieder ein Delegierter und für den überzähligen Teil ein weiterer Vertreter gewählt wird, fand einstimmige Annahme. Nachdem noch einige geschäftliche Angelegenheiten ihre Erledigung gefunden hatten, teilte der Bevollmächtigte mit, daß am 16. September eine Sektionsversammlung für Kohlearbeiter und am 23. eine solche für Holzarbeiter bei Cohn stattfinden.

Zehlendorf. Am 2. September fand hier selbst im Hellenbrand'schen Lokale eine Mitgliederversammlung des „Socialdemokratischen Vereins für Zehlendorf und Umgegend“ statt. Vor Eintritt in die Tagesordnung widmete der Vorsitzende Krause unsern unerglücklichen B. Liebnecht einen Nachruf; die Versammlung ehrte den Bestrebenden durch Erheben von den Plätzen. Alsdann hielt Genosse Franz Heinrich einen beifällig aufgenommenen Vortrag über: „Kassales Leben und Wirken“; eine Diskussion wurde nicht beliebt. Der Vorsitzende erläuterte sodann einen kurzen Bericht über die Parteifortschritt. Redner giebt einen gedrängten Ueberblick der dort gefaßten Beschlüsse und hofft, daß der bevorstehende Parteitag fruchtige Punkte in einer für die Gesamtpartei günstigen Weise erledigen wird. — Einem vom Landratsamt eingegangenen Bescheid zufolge, wurde die von den hiesigen Genossen eingereichte Beschwerde gegen den Amtsvorsteher betreffend Auflösung einer Mitgliederversammlung als unbegründet zurückgewiesen. Die Versammlung beschließt, in dieser Angelegenheit vorläufig keine weiteren Schritte zu unternehmen, für die Zukunft jedoch jede ungerechtfertigte Maßnahme seitens des Amtsvorstehers gegen unsren Verein ebenbürtig bis zur höchsten Instanz zu verfolgen.

Verband deutscher Barbiers, Friseur und Perrückenmacher. Zweigverein Berlin. Donnerstag, den 6. d. M., abends 10 1/2 Uhr, Große Frankfurterstr. 38, vorn I. bei Antenberg, außerordentliche Mitglieder-Versammlung. Bericht vom 6. Verbandstage.

Öffentliche Versammlung der Schlichter am Donnerstag, den 6. September, bei Cohn, Ventur. 30/31. Tagesordnung: 1. Die letzten 6 der Berliner Schlichtergesellen zu einer Lohnbewegung betreffs Regelung und Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. 2. Stellungnahme zum internationalen Kongreß.

Briefkasten der Redaktion.

- Apfenitz.** Wenden Sie sich an Landtags-Abgeordneten Köppler in Alenburg (S.-A.), Bauergasse 4b, Gewerbe-Zuspektion Berlin I, Berlin W., Großbrennstr. 73.
- Wissen ist Macht.** Es heißt: Das Mädchen verlor seinen Hut; das Haus sandte und sein Gutachten.
- G. Z.** Friedrichs-Hebe. Auch wir vermögen den Sinn des Briefs nicht zu errathen.
- Der ist der größte Socialdemokrat.** 1. Die gewünschten Adressen können Sie aus dem Adreßbuch erfahren. 2. Die betreffenden Personen dürften insolge ihrer intensiven öffentlichen Thätigkeit sehr ausnahmsweise zu beratigen beruflichen Anwesenheiten Zeit haben. 3. Beschaffen Sie sich eine der im Vorwärts-Verlag erschienenen Anleitungen über das Vereins- und Versammlungsrecht.
- B. G.** Eine besondere gesetzliche Bestimmung hierüber besteht nicht. Man wird aber aus allgemeinen Gründen annehmen müssen, daß die Kopie der Kopie der Unterzeichnung nicht zu tragen hat, wenn diese in erster Linie im politischen Interesse, daß sie die Kopie dagegen tragen muß, wenn sie

Verband der an Holzbearbeitungs-Maschinen beschäftigten Arbeiter Berlins u. Umg.
 Montag, den 10. September 1900, abends 8 Uhr:
Werkstatt - Vertrauensmänner - Versammlung
 im Lokal von Wilke, Andrastraße 26.
 Tages-Ordnung:
 1. Ausgabe eines Flugblattes. 2. Der verbotene Preisverfall zwischen den Tischlermeistern und den Zersähergebern, und die Richtinnhaltung desselben. 3. Verschiedenes.
 Wegen der wichtigen Tagesordnung muß jede Werkstatt vertreten sein.
Der Vorstand.

Achtung! Maurer. Achtung!
 Freitag, den 7. September, abends 8 Uhr, bei Herrn Mews, Stromstraße 28:
Mitgliederversammlung des Centralverbands der Maurer zc.
 Zahlstelle Berlin II. Bezirk Moabit.
 Tagesordnung: Vortrag, Diskussion und Verschiedenes.
 Um rege Beteiligung ersucht
 189/25 **Die Verbandsleitung.**

Achtung! Buchbinder
 und verwandte Berufsgeossen!
 Die öffentliche Versammlung findet nicht heute, sondern am
Montag, den 10. September,
 abends 8 Uhr, in Kellers Festsaal statt.
 25/3 **Die Lokalkommission.**

J. O. G. T.
(Unabhängiger Guttempler-Orden).
 Donnerstag, den 6. September, abends 8 Uhr:
Grosse öffentliche Volks-Versammlung
 in Kellers Festsaal, Kopenstraße Nr. 29.
 Vortrag des Ordensmitglieds **Dr. Blocher-Basel** über: „Die sociale Bedeutung der Alkoholverfrage.“ Hierauf Diskussion.
 Alkohollische Getränke werden nicht verabreicht.
 2722b

Achtung, Glaschleifer!
 Donnerstag, den 6. September, abends 7 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15:

Große öffentliche Versammlung für Männer und Frauen.
 Tages-Ordnung:
 1. Wie stellen sich die Kollegen zu dem einheitlichen Lohnsatz? 2. Bericht des Gewerkschafts-Delegierten. 3. Verschiedenes.
 Kollegen, die Versammlung wird pünktlich eröffnen, es darf keiner fehlen.
Der Einberafer.

Achtung! Sattler. Achtung!
 Freitag, den 7. September, abends 8 1/2 Uhr:
Oeffentliche Versammlung der Täschner und Kofferarbeiter Berlins
 im großen Saale des Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15.
 Tages-Ordnung:
 Der Streik der Müllersattler: Sattler und unsre Forderungen.
 Referent: **Assmann.**
 Nicht der Berliner Sattler ist es, in dieser Versammlung zu erscheinen.
 Am Austrage: B. G. Lebler.
Zähne von 2 M. an, Plomben billig, Zahnziehen schmerzlos, Teilzahl. gehalten. Extrabeh. ausgef. **H. Jammer, Wobnstr. 13.**

Neue Welt-Kalender
 für 1901.
 25. Jahrgang - Jubiläum-Ausgabe.
 Reich illustriert.
Preis 40 Pfennig.
 Bei Einzelbezug bitten wir um Einlieferung des Betrages nicht 10 Pfennig für Porto in deutschen Reichsmarkten.
 Kalenderium. - Waisens. - Seestische Schiffe. - Bildnisse. - Messen u. Märkte. - Der Kreislauf des Jahres. - Auf der Wanderschaft. - Gründung von S. Schreier (mit Illustrationen). - Die Aufgabe des zwanzigsten Jahrhunderts. Von H. Hebel. - Eine im Meer. Bericht von F. Lieberth. - Zwei Hütten. - Gründung von Curti Rotemann (mit Illustrationen). - Aus meiner Schulmeisterzeit. Von W. H. H. - Vörcen und Engländer in Südamerika. Von Max Schuppel (mit Illustrationen). - Jahrhundertende. Gedicht von G. Bräutigam. - Zahlen und Jähren. Von Dr. H. W. - Unsere Kalender. Von I. A. (mit Illustrationen). - Das Schiffleben bei den Vichingern. Von A. G. (mit Illustrationen). - Sonne. Gedicht von Ludwig Heilmann. - „Seifenwasser“ und „Seifenwasserbehandlung“. Von Dr. Curt Freidenberg. - Carl Cervel (mit Vortrags). - Zwei Gewerkschaftskämpfe. Von G. W. - Das Kreuz am Feld. Gedicht von E. von Bremen. - Fliegende Blätter. - Die dummen Männer. Schwan von W. J. - Für unsere Kästchen. - Trachtigkeit und Bräute-Kalender.
 Dieser vier Kupfer: Mädchen am Brunnen - Eine Gemeinberathung auf dem Lande - Pfingsten auf der Sandstraße - In Richard's Garten. - Ein Freilichtdenkmal auf Sandbühnen. - Ein Wandersänger.
 Zu beziehen durch:
J. A. W. Dieckhoff, (G. m. b. H.) in Stuttgart.

Auch zu beziehen durch die Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW., Deutschstr. 2.

Arbeiter-Radfahrer-Verein Berlin.
 (Mitglied des Arbeiter-Radfahrer-Bundes „Solidarität“.)
 Sonnabend, 8. Septbr. 1900, in Andra-Platz, Andrastr. 21:
7. Stiftungsfest
 verbunden mit 27/17
 Kunst- und Reigenfahrten, Lebenden Bildern, Prolog, Festsprache, Großen Damenüberraschungen und Ball.
 Anfang 8 1/2 Uhr. **Billet (inkl. Tanz) 50 Pf.**
 Um rege Beteiligung bitten **Das Komitee.**

Achtung! Holzarbeiter, Kistenmacher.
 Der Streik der Kistenmacher bei den Firmen **96/2**
Erdmann, Fuhg und (Meißner, Besselsstraße),
 dauert ununterbrochen fort.
Die Streikkommission.

Dresdener Kasino. Empfehlung meine Cafe, 800 Personen fassend, zu Versammlungen, für Vereine und zu Privatfeiern. **Martin Herzberg.**
Dresdenerstr. 96.

Verstärkung der Sattler.
 Montag, den 3. September, verlor das Mitglied **273/11**
Robert Lorenz
 (Berthel von S. Kreis).
 Die Beerdigung findet Freitag, den 7. September, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle der Gärtnerei aus statt.
J. A. H. Schmidt, Rentant.

Todes-Anzeige.
 Allen Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß am Montag mittags 12 1/2 Uhr unsere liebe Frau, Mutter, Tochter und Schwester **Emma Lauritzen geb. Lasmack** im Alter von 24 Jahren ihren langen, schweren Leiden erliegen ist.
 Um ihres Seelchens willen
Die Hinterbliebenen.
 Die Beerdigung findet Freitag, den 7. d. M., nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle der Friedengemeinde in Nieder-Schönhagen aus statt. [2723b]

Möbel
 und Wohnungs-Einrichtungen
 zu Fabrik-Preisen.
 Eigene Werkstätte im Hause. [33442]
Bukow, Invalidenstr. 13.
 Lager: Parterre u. I. Etage.

Verein der Bauanischläger.
 Freitag, den 7. Septbr., abends 7 1/2 Uhr, im „Gewerkschaftshaus“ (Saal I), Engel-Ufer 15:
Ausserordentliche Versammlung.
 Tages-Ordnung:
 1. Bericht der Aler Kommission. 2. Bericht des Vergütungskomitees über die Lohnverträge. 3. Verschiedenes.
Der Vorstand.

Anker Brikets
 Anerkannt vorzüglichste Qualität!
 Zu haben in allen besseren Kohlenhandlungen!
 10 Jahre Garantie. Vollkommen schmerzloses Zahnziehen 1 M. Plomben 1,50 M. Teilz. wöchentl. 1 M
Zahnarzt Wolf, Leipzigerstr. 130. Sprechst. 9-7

Kleine Anzeigen.

Verkäufe.
Gartenlokal. Sommer- und Wintergeschäft, billig zu verkaufen. Zu erfragen bei Oskar Herbrandt, Berlin, Schambergstraße 34. [700b]
Defillation (gangbar) billig verkauft. Pflasterstraße 33. [59]
Ein gutgehendes Weintraumgeschäft mit Kasse zu verkaufen. Christenstraße 37, Teile. [2944b]
Wappenstein circa 1 1/2 Morgen, 10 Minuten vom Bahnhof, umhänge halber sofort billig zu verkaufen. Näheres bei Otto Jors, Jervoniel bei Bernau, Pankstraße 13. [2689b]
Elegante vorläufige Herrschöfen, feine Stoffe 9-12 Mark. Verkauf Sonnabend und Sonntag. Verkaufshaus Germania, Unter den Linden 21 II.
Gardinen Spezialgeschäft, Blumenstraße 8. Anerkannt vorzügliche Einfassungen für Gardinen, Stores, Rollläden, Zillbetten und Schürmdecken. [3172]
Reinwaaren, goldene, Regulatorien, sportlich Velohaus Reanberstraße 6. [25/12]
Teppiche, Gardinen, sportlich Velohaus Reanberstraße 6.
Teppiche mit Gardinen, Fabrikverlage Große Frankfurterstraße 9, parterre. [734]
Bücherverkauf. Handwörterbuch der Staatswissenschaften, 8 Bände 50 Mark. Neue Zeit 1890-98, 16 Bände, gebunden, 50 Mark. Salense, Ringbahnstraße 117, IV etage. [2155b]
Nähmaschinen sämtlicher Systeme ohne Anzahlung, Woche 1 M., fünfjährige Garantie, Befüllung Vorkasse. Nähmaschinen-Geschäft Wille, Nordstr. Berlinstraße 24, nahe Hermannplatz.
Fahrräder - Verkauf, Ausgabe des Geschäfts. Modell 1900, zwei Jahre Garantie, von 160 Mark an. Gefährliche Räder sehr billig, von 60 Mark. G. Fischer, Besselsstraße 9.

Betten, Steppdecken, sportlich Velohaus Reanberstraße 6.
Einbaumöbel, ganze Wirtschaft, wie neu, sportlich verkauft. Jostenerstraße 38, I rechts. [2872]
Möbelverkauf, Kleiderständer, Bettstufen, Tische, Spiegel, Bettstellen, Sofas, Rückenmöbel billig. Sebastianstraße 70, I. [3082]
Möbelfabrik, Oranienstraße 2a, Kuchelstraße 27, Spiegelstraße 24, Kleiderständer, Kuchbetten, Hochschlupfänge 5, Kleiderständer, Wäschekörbe, Auszugstische 15, Säulentrümmen, Wuschelbetten, Marmorarbeiten 27, Pflanzgeräthe 95, Panelsofa 70, Vollständige Einrichtung allerbillig. Einmalig Teilzahlung unter folgenden Bedingungen. [2218]
Wappenstein sehr billig. Wappenstein 28, Wappenstein, Schloßstraße, Bodenmann 5, Steppst. Dreieckel, Colindenberg, Marmorarbeiten 27, Pflanzgeräthe 95, Panelsofa 70, Vollständige Einrichtung allerbillig. Einmalig Teilzahlung unter folgenden Bedingungen. [3072]
Fahrräder, Teilzahlung, mögliche Anzahlung. Lager vierhundert Maschinen, Bahnrenner, 18 Pfund, Straßenrenner, Luxus - Damenräder direkt aus Fabrik „Superior“ Diefenbachstraße 33. [2942]
Wappenstein, blutbildend, für Blutarme, Brustkranken, Schwächliche, Gewichtszunahme, bessere Verdauung, überraschend, 14 Flaschen 3 Mark, 1/2 Liter 3,50 effusiv. Nicht Plasterstraße, Qualität unerschütterlich. Porträtfabrik Ringler Brunnenstraße 152. [85/1]
Steppdecken am billigsten. Fabrik Große Frankfurterstraße 9, parterre.
Möbelverkauf zu soliden Preisen, auch Teilzahlung. Kömer, Sebastianstraße 81. [2705b]
Müllergeschäft, gangbares, gute Erlöse, besondere Umstände, verkauft. Besselsstraße 23. [781]
Ordnung mit neun Stücken billig zu verkaufen, eventuell auf Teile, auch ein Piano, elegant und billig. Verkauf. Venz, Friedrichsberg, Siegfriedstraße 2, Ecke Frankfurter Chaussee. [2729b]

Pianos, gut erhalten, schöner Ton, billig verkauft. Marxstraße 17, parterre. [1452]
Gänge unvollständig zu haben, aber 1100 reichgezeichnete Pratzgänge werden zu dem Spottpreise von 2,50 Mark an auf dem Central-Bücherei zum Verkauf. Bestellungen sind billig zu verkaufen. Genaue Beschreibung vis-a-vis Restaurant Eitelhof, Pflasterstraße 33. [2942]
Möbelfabrik laufen Möbel außerordentlich billig. Ueberzeugung macht wahr. Eigene Werkstätte. Garantie wird bereitwillig gewährt. Pflasterstraße, Mariannenstr. 7a. [3192]
Fahrrad, beste deutsche Marke, muß für jeden Preis verkaufen. Schönehauserstraße 17a, Hof parterre.
Fahrrad zu verkaufen bei Schulte, Schönehauserstraße 4, Hof 2 Treppen. Abends nach 8 Uhr. [2719b]

Vermischte Anzeigen.
Elektrotechnik. Jodion, Alte Katostraße 24. Neuer Akkumulator zur Ausbildung zum Elektromonteur in Theorie und Praxis nach bewährter Methode beginnt 8. Septbr., Vorlesungen nicht erforderlich. Anmeldung täglich, auch Sonntags. [2072]
Technikum. Berlin O., Holzmarktstraße 73. Abendkurs. Professe. [3042]
Abendkurs für Elektrotechniker. Dauer 18 Monate a 15 M. Holzmarktstraße 73. [3042]
Bewerb für die Vorzugsklasse der Lehrmethode des Technikum Berlin ist, daß Bewerber der Anzahl bereits nach abgelegtem Vorexamen Stellenungen in den Bureaus erster Firmen erhalten. Prospekt. [3042]
Unfallversicherungen, Klagen, Eingaben, Reklamationen. Puffer, Steglitzerstraße 65. [3112]
Rechtsanwalt erteilt Gnadt, Hagen, dinstags 41. [179]
Rechtsbureau, Rat, Bestreitung, Schriftführung. Brunnenstraße 173.

Rechtsbureau Andrastraße 63 (Konradstr.). Gewissenhafter Rechtsbeistand. [2691b]
Photographie zur Konfirmation empfehle 6 Blatt 1 M. 50, 6 Blatt und 1 Album 2 M. 50. Ernst Hering, Schönhauser Allee 145. [752]
Violin, Klarinet, Violon, Cellon, Unterricht, monatlich 4 Mark, Oranienstraße 118.
Buchbinderarbeit jeder Art. Ernst Ferdinand Kietzer, W. Wappensteinstraße 66, 2. Hof parterre. [2387b]
Vereinzimmer frei. Vadeviag, Romanbudenstraße 65. [2632]
Vereinzimmer empfiehlt vier alte Katostraße 119. [2882]
Saal und Vereinzimmer empfiehlt Jannasch, Inselstraße 10. [2062]
Reiseklub, 500 Personen fassend, vier renovierte Vereinzimmer (Kunstrein). Vereinen und Gesellschaften bestens empfohlen. Wernau, Schneidestraße 23/24. [752]
Ringelring Maschine, gedrahtet, mit Klapptritt. Faust Kähler, Brunnenstraße 48, I. [2731b]
Rechtsbureau Andrastraße 63, Gewissenhafter Rechtsbeistand. [2738b]
Handwäsche, im Freien getrocknet, liefert sauber und billig die Wäscheanstalt von Wilhelm Parly, Cöpenstraße 31. [32/18]

Vermietungen.
Zimmer.
 Freundlich möbliertes Zimmer für 2 Herren sofort zu vermieten. Kopenhagenerstraße 54, Übergabebüro III, bei Wille Rosenfeld.
Mietgesuche.
 Genosse mit Fahrrad sucht Zimmer zum 1. Oktober, Nähe Wedding. Unter „G. D.“ Pognant 39. Bis Sonntag erbeten. [761]

Arbeitsmarkt.
Stellengesuche.
Münder Stuhlrechter bittet um Arbeit. Stühle werden gut geflochten, dieelben werden abgeholt und zurückgeliefert. Wäfer, Wuladstraße 27.
Junges Mädchen sucht leichten Dienst bei einzelnen Leuten. Beer, Oberbergstraße 9.
Stellungsangebote.
Tüchtige Gemeintler für Berlin und außerhalb verlangt. Nach Weller, Mary u. Comp., Weißwasserstraße 212/13. [2620b]
Handwerker und Bognermeister verlangen. Niesenthal, Junge u. Co., Holzmarktstraße 67. [3032]
Klempnerlehrling verlangt. Sime, Appelstraße 48. [3182]
Dreher für Goldbleiben verlangt. Gsch Prohl, Spandauerstraße 37. [2671b]
Rahmenmacher für Bilder verlangt. J. Brandner, Weihenauer, Seinerstraße Weg 13/14. [3147]
Marmorarbeiten auf Ort verlangt. Brandenburgstraße 20, Hof parterre. [2725b]
Hebwerk erzielten Keller allerorts durch Vertrieb neuen Scherzartikels. Offerten „Original“ Hauptpostlagernd Berlin. [2720b]
Tüchtigen Rahmenmacher verlangt. Goldbleibenfabrik Alexandrinerstr. 25.
Parteilager werden sofort verlangt. Wöhrstraße 50, Wöhr.
Glaschleifer verlangt. Schmitz, Parierstraße 12. [2713b]
Gewandter Arbeiter, der möglich auch im Prägen demondert ist, wird bei gutem Lohn baldigt verlangt. Goldwasserstraße 125. [2733b]
Arbeitsstutcher verlangt. J. Behner, Greifswalderstraße 92. [127/3]

Farbige und Stanger gesucht. Pohl, Tiefendammstraße 33.
Arbeiterin auf bessere Unterwäsche außer dem Hause, verlangt. Gausch, Bismarckstraße 72, II. [2702b]
Gedächte Karten - Arbeiterinnen werden sofort verlangt. Bode, Radenstraße 26. [452]
Farbige Arbeiterinnen auf Weißbleiben verlangen. Kolenow u. Co., Schindlerstraße 6.
Bildereinnehmerin verlangt. H. Brandner, Weihenauer, Seinerstraße Weg 13/14. [3147]
Wollwäckerinnen, Kopperinnen, im Hause, hoher Verdienst, verlangt. Str. Vangerstraße 97. [3217]
Zweierin verlangt. Blesche, Hauptstraße 36, parterre. [2705b]
Gewandte Arbeiterinnen finden sofort Beschäftigung. Allgemeines Elektrisches - Geschäft, Schlegelstraße 25. [2703b]

An Arbeitsmarkt durch besonderen Druck hervorgehobene Anzeigen kosten 10 Pf. pro Seite

Maurer.
 6 tägliche Stundlohnarbeiter gegen hohen Lohn sofort gesucht von **Wannemacher Bühler** in Freiburg i. B. [102/19]

Trocken-Element-Heister, Arbeiter gesucht. Schriftliche Offerte zu richten an **H. Braune,** Gröfstr. 66. [2715b]

Achtung, Korbmacher!
 Wegen außerordentlicher Differenzen in der Verh. von **Robert Schmidt & Co.,** Kranstr. 6, haben sämtliche Kollegen die Arbeit eingestellt und ist der Zugang strengstens untersagt.
Die Kommission.

Der Ausgang des Kampfes der südwalliser Eisenbahner.

Aus London wird uns geschrieben: Der Kampf der Eisenbahner Angestellten im Taff-Val hat zu einem Friedensschluß geführt, der, wenn auch keinen vollständigen, doch einen großen Erfolg der Arbeiter bedeutet. Was dem Gewerkschaftsleiter, Mr. Hopwood, nicht gelungen ist, das haben der Druck der organisierten Bergarbeiter und die Ueberredungskunst des Kohlenmagnaten Sir William Lewis — ursprünglich selbst ein Bergarbeiter — zuwege gebracht. Die Direktion der Taff-Val-Gesellschaft ist ein gutes Stück von ihrem Hoch herabgesunken. Folgendes sind die von den Ausständigen acceptierten Friedensbedingungen:

1. Alle (ausgetretenen) Arbeiter zu werden binnen einem Monat wieder eingestellt.
2. Ihre Dienstfähigkeit wird als ununterbrochen betrachtet, so daß jeder, der pensionsberechtigt war, seine Rechte behält.
3. Alle Klageakte gegen Ausständige (wegen Bedrohung etc.) werden zurückgezogen.
4. Es wird möglichst vor dem 31. Oktober von allen Eisenbahngesellschaften im Kohlenrevier von Süd-Wales und ihren Angestellten ein Einigungsamt (Conciliation Board) gegründet, auf ähnlicher Grundlage wie der Ausschuss für den gleitenden Lohnsatz im Kohlenrevier von Süd-Wales und Monmouthshire.
5. Sollte das Einigungsamt nicht oder nicht zeitig genug zu Stande kommen, so sollen die Forderungen der Ausständigen von den Direktoren der Taff-Val-Gesellschaft vor dem 31. Oktober nach Anhören der Vertreter der verschiedenen Dienstklassen geprüft und berücksichtigt werden.

Eine genaue Prüfung dieser Bedingungen zeigt, daß die Ausständigen ein nicht erreicht haben: die rückhaltlose Anerkennung des Verbands der Eisenbahngestellten als ihre berufene Vertretung. Von Anfang bis zu Ende sind die Verhandlungen mit der Direktion von andern Leuten, als den Verbandsvertretern geführt worden, erst vom Delegierten des Gewerkschaftsrates, Mr. Hopwood und dann von Sir William Lewis. Aber beide, Mr. Hopwood und Sir William Lewis, standen in ununterbrochener Verbindung mit den Vertretern des Verbands, Mr. Bell und Mr. Holmes, und es ist nicht zu viel gesagt, daß ohne deren Mitwirkung die Verständigung nicht zu Stande gekommen wäre. Die Direktion wußte das ganz gut, aber formal, in den offiziellen Briefen und Stipulationen, ist von ihnen und dem Verband nie die Rede, werden sie als nichtexistierend behandelt.

Ob sie nach Lage der Dinge richtig gehandelt haben, sich betseile schieben zu lassen, wird man ihnen und ihrer Mandatgeber Urteil überlassen müssen. Mr. Bell hat auf einem gestern in Cardiff abgehaltenen Massenmeeting das zugebilligte Einigungsamt als einen großen Erfolg bezeichnet. Ihm sei die Errichtung eines Einigungsamts auf der Grundlage des südwalliser gleitenden (Kohlen-) Lohnsatzes viel zuzugender, als die direkte Vertretung. Führe ein einzelner Mann die Verhandlung der Arbeiter, so sei er immer dem Verdacht ausgesetzt, zu viel preiszugeben resp. die Arbeiter zu verkaufen, und auch ihm sei der Vorwurf, der blödsinnigste, der je Arbeitern in den Kopf geschlagen, nicht erspart geblieben. Darum habe er eine Reihe von Lokalvertretern in die Verhandlungen hineingezogen, und halte er ständige Ausschüsse für sehr wertvoll. Bei dem großen Einfluß des Sir W. Lewis sei mit ziemlicher Gewißheit darauf zu rechnen, daß das Einigungsamt zu Stande komme.

Hierzu sei bemerkt, daß es sich bei dem Amt, außer der Taff-Val-Bahn, um drei Lokalbahnen und die große Westbahn-Gesellschaft handelt, deren Bahnnetz einen Teil von Süd-Wales umschließt. Die Zustimmung der letzteren Gesellschaft ist fraglich, doch soll von ihr die Errichtung des Einigungsamts nicht abhängig gemacht werden. Von den andern Bahnen ist die eine, die Cardiff Bahn, völlig von Sir W. Lewis abhängig, die andern beiden — die Verry und die Rhymney-Bahn — in hohem Grade seinem Einfluß unterworfen. Die hier in Betracht kommenden Grundzüge des Ausschusses für den gleitenden Lohnsatz der Bergarbeiter sind eine gleichmäßige Vertretung der Arbeiter und Unternehmer, beruhend auf freier Wahl der Arbeitervertreter. Die Opposition, die sich in neuerer Zeit vielfach bei englischen Arbeitern gegen die gleitenden Lohnsätze gezeigt hat, galt nirgends dem Princip solcher Tarifämter, sondern nur gewissen Fehlern der bestehenden Tarife, wie zum Beispiel Abwesenheit oder zu niedrige Normierung von Mindestlöhnen, die keineswegs bedingungslos mit ihnen verbunden sind. Ebenfalls sind die Tarifauschüsse notwendig der gewerkschaftlichen Organisation hinderlich; an verschiedenen Orten sind sie ihr im Gegenteil eine große Stütze.

Es sei bemerkt, daß Bell als Arbeiterkandidat für Derby aufgestellt ist und von den Liberalen keine Gegenkandidatur erfahren wird. Auch in einigen andern Wahlkreisen werden die Liberalen wahrscheinlich auf die Konkurrenz mit Arbeiterkandidaten verzichten. So in South West Ham bei London, wo Will Thorne, und so in Vow and Bromley (Süd-London), wo George Lansbury von der social-demokratischen Föderation kandidieren.

Tokales.

Die der Magistrat seine Vorlagen begründet, das hat in der Stadtverordneten-Versammlung schon manchmal zu Zustellungen Anlaß gegeben. Geradezu amüsant ist der folgende Fall. Im Mai ging der Stadtverordneten-Versammlung eine Vorlage zu, betreffend die Vermietung einer im Hause der Pumpstation in der Schönebergstraße belegenen Wohnung an einen Betriebsaufseher. Die Vorlage wurde im Juni von der Versammlung abgelehnt, und zwar deshalb, weil — wie Stadtdr. Singer ausführte — die Wohnung nach dem Wortlaut der Vorlage bei ihrer Lage in unmittelbarer Nähe des Sammelbassins der Pumpstation an Private nicht zu vermieten sei, die Versammlung aber nicht zulassen dürfe, daß eine derartige Wohnung einem städtischen Beamten gegeben werde. Nunmehr wiederholt der Magistrat seine damalige Vorlage und bemerkt zu ihrer Begründung: „Nach der Fassung unserer ersten Vorlage mochte es allerdings so scheinen, als ob die Lage der Wohnung in der Nähe des Sammelbassins an sich ein tatsächliches Hindernis für die Vermietung an Private wäre. Dies ist aber keineswegs der Fall, sollte auch in der Vorlage nicht zum Ausdruck gelangen; vielmehr sollte nur gesagt werden, daß für die Wohnung sich aus dem Grunde nur schwer ein privater Mieter werde finden lassen, weil das hierbei in Betracht kommende Publikum vielfach der irrigen Ansicht sei, daß die Nähe des Sammelbassins besondere Nachteile für die Wohnung bringe. Ganz ausdrücklich betonen wir demgegenüber, daß diese auch sonst ziemlich verbreitete Auffassung unzutreffend ist und treten wir insbesondere der Annahme entgegen, daß die Wohnung wegen ihrer Lage in gesunder heitlicher Beziehung irgendwelche Nachteile hat.“ Diesen Ausführungen, die fast den Eindruck machen, als wolle sich der Magistrat damit rechtfertigen, stellen wir den Wortlaut jener ersten Vorlage gegenüber. Es heißt da: „Mit Rücksicht darauf, daß die Wohnung keinen Eingang von der Straße her hat, sondern nur vom hinteren Giebel aus zu erreichen und auch in unmittelbarer Nähe des über riechenden Sammelbassins der Pumpstation gelegen ist, kann dieselbe an Privatpersonen nicht vermietet werden.“ Der Einkläufer, der die Vorlage verfaßt

hat, wird zugeben müssen, daß es nach ihrer Fassung nicht bloß so scheint, als ob —, sondern daß er darin mit klaren, unzweideutigen Worten sagt, was er jetzt nicht gesagt haben will. Wenn der Magistrat nachträglich die Versicherung abgibt, daß nur gefagt werden sollte, das Publikum habe über die Eigenschaften eines Sammelbassins der Pumpstation vielfach irrige Ansichten, so bleibt nichts anderes übrig, als ihm das zu glauben; aber herauslesen wird das aus den citierten Worten kein Mensch, der richtig zu lesen versteht. Gerade die Vorlage hat in ihrer Fassung, die jedermann für durchaus klar gehalten haben wird, bevor sie der Magistrat zu einer unklaren Fassung, mit dazu beigetragen, die in der That „ziemlich verbreitete“, nun als „unzutreffend“ bezeichnete Auffassung, daß ein Sammelbassin stinkt, noch weiter zu verbreiten. Ob übrigens der sich selber dementierende Magistrat viele vom Gegenteil überzeugen wird, ist noch die Frage.

Die Penfionskasse der Großen Berliner Straßenbahn

findet in den Reihen der Angestellten sehr wenig Sympathie. Wie wir kürzlich mitteilten, ist erst ein ganz geringer Bruchteil des Personals der Kasse beigetreten. Wenn man bedenkt, daß die Einrichtung einer Penfionskasse seit Jahr und Tag verlangt wurde und daß sie eine der Hauptforderungen im Straßenbahner-Streik bildete, so mag es sonderbar erscheinen, daß jetzt, wo die seit langer Zeit vergebens verlangte Kasse endlich geschaffen ist, in den Reihen der Angestellten so wenig Interesse für sie vorhanden ist. Anfangs waren es die hohen Beiträge (4 Proz. des Gehalts), die die Angestellten, welche ohnehin eine monatliche Ausgabe von 3—4 M. für die Krankenkasse zu leisten haben, vom Beitritt zur Penfionskasse abhielten. Im Laufe der Zeit haben sich die Interessenten der Kasse jedoch mit der Beitragshöhe abgefunden. Die Angestellten sagen sich jetzt, daß die hohen Beiträge doch schließlich denen zu gute kommen, die später einmal die Leistungen der Kasse in Anspruch nehmen.

Wenn aber die große Mehrheit der Angestellten bis jetzt der Kasse fern geblieben ist, so hat das darin seinen Grund, daß ihnen zu wenig Einfluß auf die Verwaltung der Kasse eingeräumt ist. Das Kassenstatut sucht zwar den Schein zu wahren, als ob die Versicherenden hinsichtlich der Verwaltung mit der Direktion gleichberechtigt wären; tatsächlich hat sich aber die Direktion in allen einflussreichen Kassenangelegenheiten den maßgebenden und entscheidenden Einfluß gesichert, wie wir dies in Nr. 160 unres Blatts bei einer Besprechung des Statuts des näheren dargelegt haben. Die Angestellten der Straßenbahn sagen nun mit vollem Recht: In der Verwaltung einer Kasse, die für und eingerichtet ist und in die wir einen erheblichen Teil unseres Einkommens zahlen sollen, müssen wir die gleichen Rechte haben, wie die Direktion. Ehe unsere Wünsche in dieser Hinsicht nicht befriedigt werden, denken wir gar nicht daran, der Kasse beizutreten.

Wenn also die Direktion dem berechtigten Verlangen der Angestellten nachkommt und ihren Standpunkt der unbeschränkten Selbstherrlichkeit aufgibt, dann ist begründete Aussicht vorhanden, daß die Penfionskasse sich eines lebhaften Zuspruchs erfreuen wird. Beht es der Direktion aber an der Einsicht oder dem guten Willen, diesen Schritt zu thun, dann dürfte die Penfionskasse wohl nie das werden, was sie im Interesse der zu versichernden Angestellten sein sollte.

Herr Brinkmann ist als zweiter Bürgermeister bestätigt worden.

Wenigstens weiß eine Korrespondenz dies zu melden; eine authentische Meldung liegt noch nicht vor. Herr Brinkmann wurde, wie erinnerlich, am 5. April dieses Jahres von der Stadtverordneten-Versammlung mit 69 Stimmen gegen 68 Stimmen, welche auf den Gegenkandidaten, Stadtrat und Syndikus Wendrin-Verlin, fielen, auf 12 Jahre zum zweiten Bürgermeister an Stelle des Herrn Kirchner, der zum Oberbürgermeister aufgerückt war, gewählt; da im ganzen 195 gültige Stimmen abgegeben worden waren, betrug die absolute Mehrheit 68 Stimmen. Unre Parteigenossen stimmten, um die Wahl des reaktionären Herrn Wendrin zu verhindern, für Brinkmann. Bürgermeister Brinkmann erklärte sich zur Annahme der auf ihn gefallenen Wahl alsbald bereit, so daß der Stadtverordneten-Vorsitzer Dr. Langerhans für ihn die Bestallung ausfertigen und dem Magistrat zur weiteren Veranlassung übermitteln konnte. Das Jahresgehalt des zweiten Bürgermeisters von Berlin ist mit Genehmigung des Oberpräsidenten auf 18 000 M. festgesetzt worden.

Bürgermeister Brinkmann wurde als junger Assessor in Tilsit zur Rechtsanwaltschaft zugelassen; im Jahre 1883, als er kaum das 28. Lebensjahr zurückgelegt hatte, wählten ihn die Tilsiter Stadtverordneten zum Bürgermeister. Als solcher erhielt der Gewählte indes nicht die königliche Bestätigung und zwar infolge einer Denuntiation, deren Haltlosigkeit hinterher, als es zu spät war, vom Gericht klar erwiesen wurde. Herr Brinkmann wirkte dann noch acht Jahre als Rechtsanwalt und verwaltete nebenamtlich das Syndikat der Tilsiter Kaufmannschaft; im Jahre 1891 wurde er zum Stadtrat und 1894 zum zweiten Bürgermeister in Königsberg i. Pr. gewählt und anstandslos bestätigt.

Die freistündigen Wähler werden vielleicht die Bestätigung als so etwas wie einen Sieg des liberalen Gedankens feiern und entzückt darauf hinweisen, daß in der fünfmonatlichen Prüfung der Bürgermeisterfrage alle Angriffe der konservativen Presse gegen die Wahl oben mit Verachtung gestraft worden sind. Wir sehen den Fall nämlich an in der Erkenntnis, daß vor einem Kommunal-freistimm, der beim östreichischen Kaiserbesuch und in der Schloßplatzfrage so häufig artig war, selbst die heutige Regierung keine Furcht zu haben braucht. Diesem Liberalismus wird auch Herr Brinkmann, selbst die Fiktion vorausgesetzt, daß er den guten Willen dazu hätte, nicht das Rückgrat steifen können.

Zu der Kohlenverteuerung und der Gasfrage hat der Vorstand des Verbands der Gas- und Schenkweirer für Berlin und Umgegend die in der letzten großen Protestversammlung gefaßte Resolution der Stadtverordneten-Versammlung mit nachstehender Begründung überandt: „Unzweifelhaft hat es in den Reihen der Bürgerschaft, und nicht zum mindesten der mittleren und ärmeren Bevölkerung, eine große Erregung verursacht, daß durch die Manipulationen der Gasverwaltung das wichtige Brennmaterial der Gaserwerbenden, der Coals, in Berlin eine Preissteigerung erfahren hat, welche man ohne Uebertreibung wohl als unerhörte bezeichnen darf. Der Verband erwartet, daß die Stadtverwaltung alles aufbietet wird, um Zuständen bei der Coalsabgabe vorzubeugen, wie sie in diesem Nachwinter zu verzeichnen waren; er erwartet aber vor allen Dingen, daß die Stadtbehörde den bisher immer noch nicht zur Ausführung gedachten Beschluß wegen einer angemessenen Verbilligung des Gaspreises zur Durchführung bringt.“ In der Resolution wird dann eingehend auseinandergesetzt, daß eine Verbilligung der Gaspreise sehr wohl möglich ist.

Die Berliner Unfallstationen sind im Monat August d. J. in 4463 Fällen gegen 3852 im gleichen Monat des Vorjahres für erste Hilfe an Anspruch genommen worden, und zwar 2695 mal bei Unfällen und 788 mal bei plötzlichen Erkrankungen. In den Stationen wurden 4145, außerhalb derselben 808 Personen behandelt. Mit den Krankenwagen der Unfallstationen wurden im verfloffenen Monat 148 Transporte ausgeführt. Die Zahl der polizeilicherseits den Stationen übergebenen, teils bewußtlosen Personen betrug 300;

die unentgeltliche Inanspruchnahme von Eis bei Krankheitsfällen geschah in 173 Fällen.

Unerschöpflich ist die Große Berliner in allerhand Scherzen, die sie mit dem Publikum treibt. Eines ihrer beliebtesten Vergnügungsbetriebe besteht darin, durch Verbilligung der Wagenfahrten mit großen Annoncen den Fahrgästen die Illusion beizubringen, als befänden sie sich im Wobalier Lusthause oder sonstwo hinter Gefängnisgittern. In einem Wagen, worin wie gestern zu fahren das Vergnügen hatten, waren auf diese Weise alle vier großen Fenster verperrt. Gewöhnlich wird mit solchen Scherzen erreicht, daß der Passagier, dem der Anblick unmöglich gemacht ist, das Ziel verfehlt, worauf er gegen Erlegung eines zweiten Nickels einen andern die Strecke zurückfahrenden Wagen benutzt, um in diesem sein Glück zu probieren. Zwar verlautet seit langem, daß der Großen Berliner die Annoncenschere polizeilich untersagt seien; aber du lieber Himmel, was geniert das große Geister?

Wehr aber noch als die gewöhnlichen Fahrgäste hat die Große Berliner die Abonnenten in ihre Herz geschlossen. Jedermann kennt den profitablen III, daß die Direktion dem Abonnenten, der nur eine Zehnpennigstrecke benutzen kann, eine solche zu 25 Pf. aufzwingt; ferner sind die Hindernisse, die den Abonnenten wegen Erlangung und Erneuerung der Monatskarten in den Weg gelegt werden, in frischer Erinnerung. Unter einem verhältnismäßig neuen Scherz haben die Abonnenten im Süden und Südwesten zu leiden. Man bestiegt auf dem Wäckerplatz einen nach dem Kreuzberg fahrenden Wagen und zeigt dem Schaffner die Abonnementskarte. Der Beamte erklärt dem verbotenen Passagier, daß die Karte keine Gültigkeit habe. Verwundert fragt der Fahrgast nach dem Grunde und erhält nunmehr die Antwort, daß dieser Wagen der Großen Berliner unter der Bezeichnung Südliche Vorortbahn fahre und daher für die Abonnenten gesperrt sei. Weder Wagen noch Schaffner unterscheiden sich durch ein bemerkbares Kennzeichen von ihresgleichen, und in der That gehören sie auch ebenlogut zum Bereich der Großen Berliner, wie alle andern Wagen und Schaffner auf der Fahrstrecke. Dem Abonnenten bleibt nun nichts übrig, als trotz seiner Karte einen Nickel zu blechen.

Sollte es wirklich der Behörde nicht möglich sein, den ungemessenen Scherzen der Großen Berliner zu steuern?

Die Summe der Entschädigungen, welche die Reichspostverwaltung an die ehemaligen Privatposten und deren Angestellte zu zahlen hat, wird, soweit sich dies bis jetzt übersehen läßt, auf etwa 8 Millionen Mark geschätzt. Davon entfallen auf die Angestellten, welche nicht in den Reichsdienst übernommen worden sind, etwa anderthalb Millionen Mark, auf die Gesellschaften und Geschäftsinhaber 6—7 Millionen Mark Entschädigung für den entgangenen Gewinn. Auf die Berliner Paketfabrik, die einzige Aktiengesellschaft unter den Privatpostanstalten, entfällt die Summe von 2 700 000 M.

Nach die Butter wird theurer. Eine ungewöhnliche Preissteigerung der Butter ist wohl als ein unliebsamer Vorbote der erhöhten Milchpreise anzusehen. Denn obwohl es infolge der guten Ernte Futtermittel in Hülle und Fülle giebt, haben die Landwirte derjenigen Bezirke, wo die Molkereien zur Milchverwertung besonders stark betrieben sind, den Butterpreis um 10 bis 20 Pf. pro Pfund erhöht. Schon jetzt ist es Arbeiterfamilien kaum möglich, Butter zu kaufen.

Die Theaterzensur. Dem Berliner Theater ist vom Polizeipräsidenten die Mitteilung zugegangen, daß dem Schauspiel „Sant' Germain“ von Adolf Kose die öffentliche Aufführung verboten worden ist, mit der Motivierung, daß der Kaiser sich nicht veranlaßt gesehen habe, seine Genehmigung zur öffentlichen Aufführung dieses Schauspiels zu erteilen. Der Held des besagten Schauspiels ist derselbe Große Kurfürst, den Kleist in die Mitte seines Schauspiels „Prinz Friedrich von Homburg“ gestellt hat. — Bekanntlich darf keine Figur aus dem Hohenollerthause ohne Genehmigung des Kaisers auf die Bühne gebracht werden.

Der elektrische Versuchsbetrieb auf der Wannesebahn ist, wie mitgeteilt wird, auf einige Tage eingestellt, da in der Kraftstation eine Ausbesserung an der Maschine ausgeführt werden muß. Reservemaschinen sind nicht vorhanden, weil es sich nur um einen Versuchsbetrieb handelt.

Für den Doppelmörder Öbnerz dürfte bald die letzte Stunde schlagen. Das zweite Wiedererfassungsbuch, welches der Verteidiger an Witten des Beurteilten beim Landgericht eingereicht hatte, ist von dem Gerichtshof abschlägig befunden worden. Um nun kein irgend mögliches Rechtsmittel unverzucht zu lassen, wird Öbnerz unverzüglich Beschwerde gegen den abliegenden Spruch beim Kammergericht einlegen, doch bedeutet auch dieser Schritt nur eine kurze Verzögerung.

Eine Wahnwahnheit. Der bei der kgl. Eisenbahndirektion angestellte Bureaudier A. Schulz hat gestern morgen sein ein Jahr altes Pflgekind im Freiluft getötet. Schulz, der verheiratet ist und im ersten Stock des Ouergebäudes Zivaldenstr. 118 eine Wohnung inne hat, ist früher bereits wegen Geistesstörung in einer Heilanstalt untergebracht gewesen, aber als genesert entlassen worden. In letzter Zeit schien sich jedoch sein altes Leiden wieder eingestellt zu haben, so daß er vorläufig krankheitshalber von seiner vorgelegten Behörde beurlaubt wurde, um zu Hause durch Ruhe zu genesen. Das Ehepaar Schulz hatte, da seine Ehe kinderlos war, ein Pflgekind angenommen. Gestern morgen nun spielte Schulz mit diesem an dessen Bettchen und scheint dabei, wie man vermutet, die Betende aus Eherz wiederholt dem Kinde über den Kopf gezogen zu haben, um es beim Abziehen der Decke zum Lachen zu bringen. Dabei hat er wohl in seiner Gedächtnischwäche das letzte Mal dem Kinde die Decke zu lange über den Kopf gezogen gehalten, so daß das arme Weien ersticken mußte. Jedenfalls fand man das Kind danach tot. Die kleine Leiche wurde nach dem Schauhause gebracht, Schulz aber noch am Vormittag nach der städtischen Irrenanstalt in Dalldorf übergeführt.

Tausend Mark Belohnung. Der Verbleib des seit dem 22. August an seiner hier in der Steinmetzstraße belegenen Wohnung verschwundenen 35-jährigen Sekretärs Alfred B o g t hat bisher nicht ermittelt werden können. Der Vermißte ist etwa 1 Meter 60 Centimeter groß, hat volles, dunkelbraunes Haar, starken blonden, rüchlich schimmernden Schnurrbart, er trug schwarze, nicht wie ursprünglich angegeben, gelbbraune Samtschuhe. Der Nagel seines linken Fingers der linken Hand ist verkrümmt, an der Unterlippe befindet sich, durch den Schnurrbart verdeckt, eine kleine Narbe. Die auf die Ermittlung des Vermißten von den Angehörigen ausgesetzte Belohnung ist auf 1000 M. erhöht worden. Mitteilungen, welche auf die Spur des Vermißten führen können, werden im Polizeipräsidialgebäude Zimmer Nr. 244 an den Wochentagen vormittags von 9 bis 1 Uhr entgegengenommen oder können schriftlich zu den Akten 5490 IV/24 00 ersandt werden.

Durch Sturz aus dem Fenster suchten sich zwei Personen zu töten. Der zwölfjährige Gemeindefüller Paul H e p p l e r aus der Swinemünderstr. 60, ein junger Laugentisch, der seiner verwitweten Mutter viel Kummer macht und schon wiederholt sich mehrere Tage lang in der Stadt umhergetrieben hat, war von seiner Mutter, als diese gestern nachmittags zum Einholen weggehen mußte, mit gefesselten Händen und barfuß in der im vierten Stock gelegenen Wohnung eingesperrt worden. Raun hatte die Frau den Kläden gewandt, so befreite sich der Junge von seinen Fesseln und sprang zum Fenster hinaus. Mit einem Unterschlenker und schweren unrenen Werkzeugen blieb er auf dem Hofe liegen, bis ein Rettungswagen ihn nach dem Krankenhaus am Friedrichshain abholte. — Der 88 Jahre alte Arbeiter Franz K i r k e aus der Süßlitzstr. 16, der lungenseidend ist,

